

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ke 16.-
vierteljährlich 48.-
halbjährig 98.-
jährlich 192.-

Rückführung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Ersteinst mit Ausnahme
des Montag (8911) 1930.

Die Agrarier gegen die Altpensionisten!

Es ist den vereinigten deutschen und tschechischen Agrariern im Senat nun doch gelungen, die Beratung der Altpensionistenvorlage im Senatplenium bis nach Ostern hinauszuziehen. Sie haben in den Ausschüssen solange Einwendungen erhoben, Abänderungsanträge gestellt und Verlagerungen verlangt, bis die Zeit nicht mehr reichte, um den Gesetzentwurf noch vor Ostern zu verabschieden. Der Grund für dieses Vorgehen liegt darin, daß im Abgeordnetenhause die weiteren Agrarvorlagen noch nicht beschlossen sind.

Damit dokumentieren die Agrarier beider Nationen, daß ihnen zwar die Gesehwerdung der Zollvorlagen sehr am Herzen liegt, daß ihnen aber an der Besserstellung der Altpensionisten nichts gelegen ist.

Inbesondere die deutschen Agrarier haben damit ihre Demagogie vor aller Welt demonstriert. Im Ausschuss stellen sie Anträge zur Verbesserung der Vorlage, von denen sie im vorhinein wissen, daß sie infolge des Widerstandes des Finanzministeriums nicht angenommen werden können. Allerdings haben sie dann diese Anträge vor der Abstimmung wieder zurücknehmen müssen. Gleichzeitig aber sabotieren sie gemeinsam mit den tschechischen Agrariern das ganze Gesetz und verhindern so, daß es wenigstens im Senat noch vor Ostern zur Annahme gelangt.

Damit ist klar zum Ausdruck gebracht, daß das Altpensionistengesetz eine Sache der nicht-agrarischen und vor allem der sozialistischen Parteien ist, so wie es jetzt wohl jedermann klar ist, daß die Gleichstellung der Altpensionisten nur eine Folge des Wahlsieges der sozialistischen Parteien und ihres Eintrittes in die Regierung ist. Wäre es auf die Agrarier angekommen, so hätten die Altpensionisten wohl noch lange warten!

Ein Kommunikt über die Kommunisten.

In einem kommunistischen Blatt!

Der Reichsberger „Vorwärts“ gibt an auffallendster Stelle der ersten Seite das Schreiben eines Gablonzer Arbeiters wider, der sich unter anderem also vernehmen läßt:

„Das, was sich jetzt in der RW. abspielt, darüber sind sich alle vernünftigen, klassenbewußten Arbeiter klar, muß doch einmal zu einer Klärung in den Reihen der Partei führen. So, wie es bisher gemacht wurde, spottete es ja schon jeder Beschreibung; das war kein Klassenkampf, das hatte weder mit Solidarität noch mit Kommunismus etwas gemein. Das war ein gegenseitiges Verdächtigen, ein Mißtrauen auf allen Seiten, ein persönliches Herunterreißen, ein Untergraben des Vertrauens.“

daß es hoch an der Zeit war, einen Trennungsstrich zu machen.

Von einer Parteidemokratie, das müssen wir uns schon geteilt haben, war ja schon längst nichts mehr zu merken. Nicht einmal die ersten Vertrauensmänner konnten erfahren, was im Zentralkomitee vorging. Alte, erfahrene Genossen, die nicht so gehässig und aufdringlich sein konnten wie die geachteten Kopfnicker, wurden, wenn sie ihre Bedenken äußerten, ganz einfach als Opportunisten und Verräter bezeichnet. . . . Versuchten sie es, ihrer Meinung Nachdruck zu verleihen, dann gab es statt einer Diskussion den Hinauswurf aus der Partei. . . . Es zeugt von keinem edlen Charakter, wenn Linienverfechter wie die Erbschleicher von hinten herum kommen. . . . So war jungen Leuten das Linienverfechten nur das Mittel zum Zweck, um sich an die Spitze der Partei zu schwingen. . . . Sie haben erreicht, was sie wollten;

Jetzt kommt der politische Rabenjammer, die Flucht der Arbeiter aus der Partei.

Sie glaubten bis jetzt immer, Marionetten oder Schachfiguren vor sich zu haben, da sich nichts rührte und alles mit Geduld ertragen wurde. Sie schreiben in ihrer Kopfschüttelung von Diebstahl und Verrat, rufen die Arbeiter gegen ihre eigene Druckerlei auf, die ihnen niemand gestohlen hat, die aber bestimmt unter den Hammer gekommen wäre, wenn die besonnenen Elemente diesem Treiben noch weiter zugesehen hätten.“

Dreimächteabkommen perfekt.

London, 10. April. (Reuter.) Im Unterhaus teilte heute der Premierminister MacDonald mit, daß heute abend das Schlußabkommen zwischen den Delegierten der Vereinigten Staaten, Japans und Großbritanniens betreffend sämtliche Schiffskategorien und die prinzipielle Herabsetzung der Marinerüstungen abgeschlossen worden sei.

Italien und Frankreich vor die Entscheidung gestellt.

London, 10. April. (A. N.) Heute fanden Beratungen zwischen MacDonald, Briand und Grandi statt, die einen letzten Versuch, zu einem Fünfmächtepakte zu gelangen, bedeuten. Wenn binnen 36 Stunden keine Änderung der Lage eintritt, wird nur noch am Zustandekommen eines Dreimächtepaktes gearbeitet werden, der aber kaum so geartet sein wird, daß er Frankreich und Italien die Möglichkeit bietet, ihm später eventuell beizutreten. Zur Erzielung eines Dreimächtepaktes fehlt nur noch die Regelung eines einzigen japanischen Vorbehalts.

Agrarvorlagen noch vor Ostern.

Genter System noch im Budgetauschuss.

Prag, 10. April. Das Präsidium des Abgeordnetenhauses legte heute vormittags die Dispositionen für die mit Samstag schließende vortägliche Tagung fest. Demnach werden in der morgigen Plenarsitzung nach Erledigung des Staatsrechnungsbeschlusses noch die in den Ausschüssen bereits fertiggestellten Agrarvorlagen (Einsuhrscheine und Zuschläge) zur Debatte gestellt und verabschiedet werden. Die Novelle zum Genter System wurde heute nach dem Plenum vom Budgetauschuss zwar noch in Angriff genommen, doch wird die Spezialdebatte noch morgen früh vor der Hausung weitergehen und kaum rechtzeitig abgeschlossen werden können. Die Vorlage wird wahrscheinlich wohl noch auf die Tagesordnung der Samstagtagung gestellt, doch vor Ostern nicht mehr meritorisch in Angriff genommen werden können. Es ist jedoch in Aussicht genommen, zur parlamentarischen Verabschiedung dieser Vorlage das Abgeordnetenhauseigens für Donnerstag nach Ostern einzuberufen. Der Senat wird nach einer Vernerkung des Vorsitzenden in seinem heutigen Feiertagsglückwunsch voraussichtlich im April keine Sitzung mehr abhalten. Die völlige parlamentarische Erledigung des gesamten kleinen Arbeitsprogramms der Koalition kann also erst für Anfang Mai erwartet werden.

Die Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses erledigte am Nachmittag zunächst debattelos den Handelsvertrag mit Persien. Dann wurde der Staatsrechnungsbeschluß für 1928 in Verhandlung gezogen, über den Dr. Hnidel ausführlich referierte.

Der tatsächliche Budgetüberschuss beträgt 65 Millionen gegenüber 26 Millionen, die präliminiert waren. Große Budgetüberschreitungen waren beim Außenministerium (24,9 Millionen), Verteidigungsministerium (82,9), Schulministerium (7,5), Pensionen (8,8) und in der allgemeinen Kasernenverwaltung (69 Millionen) zu verzeichnen. Durch Ersparnisse in anderen Ressorts reduzieren sich die Gesamtüberschreitungen auf 71 Millionen. Der Referent geht nach einer ausführlichen Uebersicht über die Steuererträge auf die im Ausschuss abgeführte Debatte über die Steuererträge auf die im Ausschuss abgeführte Debatte über die Verwendung des Konsolidierungsfonds ein und erklärte zum Schluß, das Haus könne mit gutem Gewissen den Rechnungsabschluß genehmigen.

In der Debatte sprachen Dolkó (Ung.-Christlichsoz.), Benosse Re meš und der Kommunist Stětkla. Dann wurde die Debatte unterbrochen und nach Vornahme einer zweiten Lesung und einiger Immunitäten die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung morgen halb 11 Uhr vormittags.

Aus den Parlamentsausschüssen.

Prag, 10. April. Im Außenausschuss des Abgeordnetenhauses standen heute die in Form eines Verfassungsgesetzes gefaßten vier Staatsverträge über die Regelung der Staatsgrenzen mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn zur Beratung. Der eine Vertrag mit Deutschland beinhaltet gegenseitige Gebietsaustausche im Gesamtausmaß von 108 Hektar, und zwar längs der preussischen Grenze, die dadurch um 29,5 Kilometer verkürzt wird. Ähnliche Gebietsaustausche an der bairischen und sächsischen Grenze sollen folgen. Die anderen Verträge betreffen die Grenzziehung längs Flußläufen und ihre Aenderung für den Fall, daß diese Flußläufe auf natürliche Weise allmählich ihr Bett ändern. Nach längerer Debatte wurden die Verträge genehmigt, ebenso ein Vertrag mit Polen über den Fischfang in den Grenzgewässern.

Eine Episode.

Im sozialpolitischen Ausschuss des Senates hat sich vorgestern eine Episode abgespielt, die es verdient, festgehalten zu werden. Zur Verhandlung stand die Vorlage über die Erhöhung der Bezüge der Pensionisten, wobei es den sozialistischen Parteien gelang, einige Verbesserungen an der Regierungsvorlage durchzusetzen. Die wichtigste dieser Verbesserungen war der Antrag der deutschen Sozialdemokraten, wonach auch die im Jahre 1865 geborenen Altpensionisten in die Reihen jener aufgenommen werden, denen die volle Erhöhung ihrer Bezüge mit sofortiger Wirksamkeit zugestanden wird. Eine bindende Abstimmung konnte jedoch nicht stattfinden, weil, wie es in dem Bericht wörtlich heißt, die Vertreter der agrarischen Parteien erklärten, daß sie die Frage vorher noch in ihren Klubs beraten müßten. Während also die Vertreter der sozialistischen Parteien den Antrag stellten und es ihnen gar nicht einfiel, erst ihre Parteien zu fragen, ob 65jährigen Altpensionisten eine sofortige Erhöhung ihrer Bezüge gewährt werden soll, glauben die Vertreter der Agrarparteien — also sowohl die tschechischen als auch die deutschen Agrarier —, daß dies erst in ihren Klubs durchberaten werden müsse. Es sind demnach innerhalb der agrarischen Parteien schwere Bedenken aufgetaucht, ob man 65jährigen Menschen einmal wirklich helfen solle und das ist eben charakteristisch für die Stellung der agrarischen wie der bürgerlichen Parteien überhaupt zur Regelung der brennenden Pensionistenfrage.

Wir haben schon bei Einbringung der Vorlage darauf hingewiesen, daß das Glend der Pensionisten bereits jahrelang einer Regelung geharrt hat. Drei Jahre hatten die bürgerlichen Parteien das Heft in den Händen, sie haben sich nicht gerührt, alles Bitten der Pensionisten, alle Entschuldigungen ihrer Organisationen haben das Herz der Bürgerpartei nicht gerührt. Es mußte erst eine Regierung kommen, der auch die beiden sozialdemokratischen Parteien angehören, die endlich den Mut aufgebracht hat, das schwere Unrecht gutzumachen, das man an denjenigen Pensionisten begangen hat, die das Unglück gehabt haben, vor der Gehaltsregelung der Staatsangestellten in den Ruhestand versetzt worden zu sein.

Aber damit nicht genug. Die Agrarier sind vor einiger Zeit auf die ihrer würdige Idee gekommen, die Gleichstellung der Altpensionisten mit den — Viehzöllern zu inkorporieren. „Bewilligt du mir meine Viehzölle, bewillige ich deine Pensionistenzulagen“ so dachten sie und handeln sie auch. Da eine Einigung über die Viehzölle noch nicht herbeigeführt ist, zögern die Agrarier die Zustimmung zum Pensionistengesetz zu geben. Deswegen wollten die agrarischen Senatoren die Frage vorher noch in ihren Klubs beraten.“

Dieses Vorgehen leuchtet wie ein Blitzlicht in die Psychologie der Agrarparteien im besondern und der bürgerlichen Parteien im allgemeinen. Die bürgerlichen Parteien betrachten nämlich die Pensionistenvorlage als eine Konzeption an die sozialistischen Parteien. Nun gehören die Pensionisten zweifellos zum größten Teile den bürgerlichen Parteien an. Sie leben zwar vielfach wie Profetier, fühlen sich aber ihrer Herkunft entsprechend mit der bürgerlichen Gesellschaft verbunden. Die sozialistischen Parteien sind also gar nicht die Beauftragten der Mehrheit der Pensionisten, sie sehen sich für diese ein, weil es sich um eine Schicht von Menschen handelt, denen es eben schlecht geht und denen zu helfen menschliche Pflicht ist. Die bürgerlichen Parteien aber sehen jede sozialpolitische Vorlage als eine Sache der Sozialisten an, ob es sich nun um die Unterstützung von Arbeitslosen, die Sozialversicherung, den Schutz der Mieter, die Bauförderung oder um die Pensionisten handelt. Ja, sogar die Sanierung der

Der verfassungsrächtige Ausschuss legte die Vorlage über die Regelung der Rechts- und Wirtschaftsverhältnisse im Grenzgebiet von der Tagesordnung ab; es hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, sie noch interministeriell zu behandeln. Auch die vom Senat abgeänderte Gerichtsverfassungsnovelle wurde über Antrag des Referenten von der Tagesordnung abgesetzt. So wurden lediglich einige Petitionen behandelt.

Im Behrvausschuss referierte der Vorsitzende David über die für Anfang Mai geplante Befestigung der Artilleriegeschütze im Brdnowald. Dann wurde die Debatte über das Ministerpost, betreffend die Dienstverkürzung und die Besserstellung der längerdienenden Untergehörten fortgesetzt. Ueber Anfrage des Vorsitzenden, ob die Familie des in Kostanov beim Wachdienst erschossenen Soldaten Jelen eine Unterstützung erhalten werde, teilte der Minister mit, daß künftig in Fällen, wo ein Angehöriger der Wehrmacht durch einen Unfall ums Leben kommt, alle Begräbnisauslagen ersetzt werden; bei tödlichen Flugunfällen erhalten die Hinterbliebenen auch eine Kapitalabfindung. Der Minister versicherte, daß man dem Ansuchen um Unterstützung der mittellosen Familie des Soldaten Jelen entsprechen werde.

Das Ausschusspräsidium verhandelte dann in Gegenwart des Ministers über die Art und Weise, in welcher künftig Interventionen von Parlamentariern in Militärangelegenheiten behandelt werden sollen. Das bisherige Vorgehen der Militärbehörden, intervenierenden Parlamentariern jede Auskunft abzulehnen und selbst Untersuchungen gegen unbekannte Täter einzuleiten, die einen Parlamentarier in einer militärischen Angelegenheit informiert haben könnten, hat mit Recht die schärfste Beurteilung gefunden.

Die Verbesserungen der Altpensionisten- vorlage beschlossen.

Die Agrarier haben die Verzögerung bis nach Ostern erreicht!

Prag, 10. April. Der sozialpolitische Ausschuss des Senates nahm heute nachmittags vor dem Plenum die Abstimmung über die Altpensionistenvorlage, bzw. über die von der Koalition gestern angeregten Verbesserungsanträge vor. Namens der Agrarier erklärte Sechir, daß sie diesen Verbesserungsanträgen zustimmen. Diese Zustimmung, der heute eine Klubberatung der Agrarier vorangegangen war, kam allerdings zu spät, um die Vorlage noch vor den Osterferien im Plenum erledigen zu können. Das hatten die Agrarier ja auch beabsichtigt.

Die Aenderungen betreffen, wie bekannt, die Einbeziehung des Jahrganges 1865 sowie der Witwen des Geburtsjahrganges 1870 bereits in die erste Gruppe, ferner die Herabsetzung des Abzuges bei den nicht übernommenen Militärgenossen von 50 auf 25 Prozent.

Nach erfolgter Abstimmung wurde eine Reihe von Resolutionen genehmigt, darunter auch eine Resolution des Genossen Dr. Seltor, welche die Modernisierung der Eisenbahnangestellten so schwer treffenden Regierungsverordnung Nr. 15/1927 verlangt. Andere Resolutionen betreffen die Provisoren der Staatsgruben und die ehemaligen Angestellten des Großgrundbesitzes.

Die Altpensionistenvorlage wurde dann auch noch im Budgetauschuss in Verhandlung gezogen, doch mußte die Debatte wegen des Beginnes der Plenarsitzung abgebrochen werden.

Der englische Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Erhöhung des Kredits um 10 Millionen Pfund.

London, 10. April. (Neuer.) Das Unterhaus hat gestern abends den Gesetzentwurf betreffend die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, durch welche der Kredit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit um zehn Millionen Pfund Sterling erhöht wird, angenommen. Der Arbeitsminister erklärte, daß dieser Betrag bis Ende 1930 genüge, da die Zahl der Arbeitslosen die Höhe von einmahl Millionen nicht überschreiten werde.

Gemeindefinanzen wird als ein Handelsobjekt betrachtet, für das sich die bürgerlichen Parteien die Zustimmung abkaufen lassen wollen. Die Bourgeoisie, deren klassischer Repräsentant bei uns die Agrarier sind, interessiert sich nur noch für Gesetzesvorlagen, die irgendwie der Vergrößerung ihrer Profite dienen. Friedrich Engels hat einmal vom Bürgertum seiner Jugendzeit gemeint: Sie sagen Gott und meinen Kattun. Heute sagt wenigstens ein Teil von ihnen nicht einmal mehr Gott, heute haben sie alle Ideale in den Abgrund gestoßen, alle Humanität ist beim Teufel, das Geldverdienen ist ihre einzige Sorge, der Mammon ist ihr einziger Gott, der seine anderen Götter neben sich duldet. Nicht die Arbeitslosen interessieren sie — mögen sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind — sondern die Getreidejölle und die Hilfe für die Pensionisten verkaufen sie nur gegen Viehjölle. Ein nährlicher Agrarier hat am Sonntag in einer Versammlung in Prohnitz damit gedroht, daß die Herrschaften eine Regierung ohne die Sozialdemokraten bilden werden, wenn die endgültige Regelung des Mieterschutzes im Herbst nicht mehr zu Gunsten der Hausherren erfolgen werde als die provisorische im vergangenen Monat. Das verlange das Interesse der Nation! Die Nation, das sind nämlich die Hausherren, Grundbesitzer, Bankdirektoren, Jückerbarone, Industriemagnaten, Reistgutbesitzer, die anderen, die Arbeiter und Kleinbauern, die Angestellten und Kleingewerbetreibenden sollen froh sein, wenn sie für die anderen arbeiten können und dem Staate Millionen von indirekten Steuern zahlen. So kommt in dem Kampf, der in der Regierung um die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Zeit geführt werden, der Bevölkerung deutlich zum Bewußtsein, daß es auch bei uns nur zwei Lager gibt, diejenigen, welche für die Lebensnotwendigkeiten der Massen kämpfen, die Sozialdemokratie und diejenigen, welche alle Ideale aus der Zeit, da das Bürgertum seinen revolutionären Kampf gegen den verrotten Feudalismus geführt hat, auf den Müllhaufen geworfen hat. Menschenglück und Menschenwürde, Naturideale und Fortschritt der Zivilisation haben eine Zukunftstätte gefunden bei der Partei des Proletariats. Von den heutigen Bürgerparteien aber kann man mit Recht sagen: Zum Teufel sind die Ideale, der Profit, der ist geblieben!

Genat vertagt sich bis Anfang Mai.

Bauförderung erledigt.

Prag, 10. April. In der heutigen letzten Sitzung vor Ostern nahm der Senat nach längerer Debatte, an der sich außer den Referenten noch sechs Redner beteiligten, die Bauförderungsvorlage in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung in beiden Lesungen samt dem im Ausschussbericht abgedruckten Resolutionen an. Für unsere Fraktion griff

Genosse Rejzl

in die Debatte ein, der zunächst offen die von uns besonders stark empfundenen Mängel der Vorlage darlegte, dann aber mit der Herkales Demagogie ins Gericht ging, die jetzt mit lauter „Wenn“ und „Aber“ jongliert, obschon die Herren ja jahrelang mehr als reichlich Zeit hatten zu zeigen, was sie für die arbeitenden Schichten zu tun gewillt seien.

Er wies auf den Zusammenhang zwischen Bauförderung und Mieterschutz hin und erklärte es als einen Wahnsinn, an einen Abbau des Mieterschutzes auch nur zu denken, ohne eine Bauförderung zu schaffen, die den Wohnungsmarkt belebt. Wir werden nie für eine Verschlechterung des Mieterschutzes für Arbeiterwohnungen zu haben sein, solange wir nicht die Gewähr haben, daß der Wohnungsmarkt ähnlich wie vor dem Krieg vollständig versorgt ist! Wir als Sozialisten stellen uns eine Bauförderung noch anders vor, als sie in dem vorliegenden Gesetz zum Ausdruck kommt. Man sollte in erster Linie

billigere Bankkredite für Gemeinden und Baugenossenschaften

bestellen; die Staatsgarantie nützt nicht viel, wenn die Gemeinde oder die Genossenschaft kein Geld für den Bau aufstreuen kann. Wenn man aus den Geldern der Sozialversicherung jährlich 140 Millionen für den Bau von Automobilstraßen herausheben kann, so wäre es wohl auch möglich, derartige Gelder zum Bau von Arbeiterwohnungen zu verwenden!

Genosse Rejzl verlangt eine Aufklärung darüber, ob von dem bis ins kleinste Detail ausgearbeiteten Enteignungsverfahren überhaupt schon je Gebrauch gemacht wurde, bzw. wie sich diese Bestimmungen in der Praxis auswirken. Weiter müssen wir die Kurzfristigkeit des Gesetzes bemängeln sowie den Umstand, daß gar keine gesetzlichen Maßnahmen getroffen wurden, um die ungeheueren Spekulation mit Baugrundstücken zu unterbinden. Es wäre sehr notwendig, daß die Regierung ihr Augenmerk darauf richte, durch Besteuerung der Grundrente den Wucher mit Grundstücken etwas zu unterbinden.

Jahre hindurch wurde bezüglich des Baues von Kleinwohnungen alles veräußert;

namentlich in den deutschen Gegenden wurde in den ersten Nachkriegsjahren diesbezüglich gar nichts getan; ein Großteil des deutschen Bürgertums hat selber das Baugesetz direkt sabotiert. Alle man sich schließlich doch eines anderen besann, war es schon zu spät, das Baugesetz war schon veraltet und außerdem konnte es wegen der schwierigen Kreditbeschaffung nicht mehr ausgenützt werden. Während in den Jahren 1919 bis 1924 über 11.000 Wohnungen jährlich gebaut wurden, ist diese Zahl zur Zeit der Bürgerkoalition auf etwas über 4000 gesunken.

Das ist der beste Beweis, daß die Bürgerkoalition der Frage der Bauförderung ein viel geringeres Interesse entgegengebracht hat als die allnationale Koalition, solange das sozialistische

Element in ihr noch die treibende Kraft war. Mit dem Bauförderungsgesetz vom Jahre 1927, mit dem überdies eine bedeutende Verschlechterung des Mieterschutzes verbunden war, hat die bürgerliche Bauförderung wirklich Bankrott erlitten!

Auch das vorliegende Gesetz, um das in der jetzigen Koalition lange gerungen werden mußte, entspricht nicht allen unseren Wünschen. Die Staatsgarantie von 350 Millionen reicht nicht aus; es müßte mehr als die Hälfte des Bauaufwandes von den Bauenden ohne Staatsgarantie aufgebracht werden, so daß die Befürchtung besteht, daß das Gesetz nicht wird voll ausgenützt werden können. Der Zinsenzuschuß von 20 Millionen jährlich müßte viel höher sein, um wenigstens einen jährlichen Zuwachs von 20.000 Kleinwohnungen zu erzielen. Auch dann wäre der Wohnungsnot immer noch nicht genügend gesteuert!

Wir müssen weiters befürchten, daß die Erledigung der Gesetze um den Staatszuschuß nach dem neuen Gesetz zu lange dauern wird. Der Vertreter des Ministeriums hat im Ausschuss zugegeben, daß im Anfang Schwierigkeiten in der Erledigung vielleicht tatsächlich bestehen werden. Diesen Schwierigkeiten müßte eben schon von allem Anfang an vorgebeugt und alles vorgekehrt werden, damit die Gesetze rechtzeitig erledigt werden.

Angesichts des eingestandenen

Bankrotts der bürgerlichen Wohnbaupolitik

müßte es einen sehr sonderbar an, wenn man die Rede des Abgeordneten Jajidel über die „angenehmere Bauförderung“, wie er das vorliegende Gesetz im Parlament bezeichnet hat, liest. Man operiert heute von christlichsozialer Seite öfters mit Argumenten, daß dieses oder jenes Gesetz bedeutend besser geworden wäre, „wenn“ nicht das Parlament aufgelöst worden wäre. Solche Behauptungen lassen sich eben nicht mehr nachkontrollieren und sie eignen sich genöht nicht zu dem von den Merkmalen beabsichtigten Wählerfang.

Wenn das Parlament nicht aufgelöst worden wäre, hätten wir heute sicher nicht das vorliegende Baugesetz zur Beratung. (Zwischenrufe Hagenreiners.) Das eine ist gewiß, wir hätten auch nicht das Pensionsgesetz, kein verbessertes Steuer-System und auch keine außerordentliche Unterstützung für Arbeitslose. (Neue Zwischenrufe auf Merkmalers Seite.) Aber ganz gewiß hätten wir dann die auf das Doppelte erhöhten Jölle, für die Sie gestimmt hätten!

Die Herren Hagenreiner, Bähr und andere fühlen sich durch diese Feststellungen ziemlich getroffen und reagieren immer wieder durch Zwischenrufe. Auch unsere Genossen greifen ein, so daß es zu einem lebhaften Meinungsaustrausch über dieses Thema kommt.

Genosse Rejzl (fortfahrend): Um die Wirkung seiner Ausführungen recht großartig zu machen, hat Herr Jajidel die 300 Millionen für die Bankenfinanzierung der 20 Millionen für die Bauförderung gegenübergestellt. Früher war das aber noch ganz anders! Da wurde für elf Jahre ein Anleihenkredit von jährlich 350 Millionen beschlossen, die sich jeder parlamentarischen Kontrolle entziehen, und auf der anderen Seite war Null, Null, Null für die Arbeiterklasse!

Ähnlich fertigt Genosse Rejzl dann auch den Senator Tich ab, dem jetzt auf einmal auch nichts recht sein kann. Während er in der Regierungsg-

koalition saß, konnten sich die Bürgerlichen jahrelang zu keinem solchen Gesetz aufschwingen, wie es heute vor uns liegt. Wenn sich Tich darüber beklagt, daß die Gemeinden außerstande sind, Wohnungen zu bauen, so sei ihm erwidert, daß er ja bei der Schaffung des Gemeindefinanzgesetzes mitgewirkt hat, das den Gemeinden den Wohnungsbau unmöglich macht!

Das vorliegende Gesetz, erklärt Genosse Rejzl schließlich, betrachten wir nur als Abschlagszahlung. Wir machen kein Hehl daraus, daß die Mietzinse in den neuen Häusern auch bei billiger Kreditbeschaffung noch immer für Arbeiter recht hoch sein werden.

Es bleibt uns daher nichts anderes übrig, als unsere Anstrengungen zu verdoppeln, um in Zukunft ein besseres Baugesetz schaffen zu können, das seinem Zweck, genügend Kleinwohnungen zu schaffen, mehr entspricht als das vorliegende! (Beifall.)

Es folgte dann die zweite Lesung der Agrarvorlagen (Hagenreiner und Jandl's Konsum). Außer den im Ausschussbericht abgedruckten Resolutionen wurde dann gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien mit knapper Mehrheit eine Resolution der tschechischen Agrarier angenommen, in der die Regierung zur Vorlage eines Gesetzes aufgefordert wird, das einen Zoll auf Brot und Backereierzeugnisse mindestens in der Höhe des Mehlsolles einführen soll.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete das Rationalisierungsabkommen mit den Vereinigten Staaten, das debattelos angenommen wurde. Zum Schluß wünschte der Vorsitzende dem Haus angenehme Ostern und schloß mit den Worten: Auf Wiedersehen im Mai!

Die Agrarier drohen.

Sonntag fand in Prohnitz in Mähren ein. Versammlung der tschechischen Agrarier statt, in der der Landesauschussbesitzer Stoupal als Redner auftrat. Er erzählte unter anderem, daß es in der Agrarpartei zwei Strömungen gebe, von denen die eine konpromißbereit sei, die andere aber auf der Erfüllung aller agrarischen Forderungen bestehe. Er selbst bekannte sich zu der zweiten Richtung, und drohte schließlich damit, daß man die Sozialdemokraten aus der Regierung hinausdrängen werde. Charakteristisch ist auch, weswegen er die Entzerrung der Sozialdemokratie aus der Regierung für notwendig hält. Der Stein des Anstoßes ist nämlich nicht eine agrarische Vorlage, sondern — der Mieterschutz, das Interesse der Hausherren liegt dem Mann mehr am Herzen als das Interesse der Bauern. Er sagt nämlich:

„Wir haben den Mieterschutz nur auf ein halbes Jahr zugelassen, in der Voraussetzung, daß es genug Zeit sein wird, damit die Vorlage überarbeitet und zugunsten der Hausbesitzer verändert werde. Für keine andere Vorlage könnten wir aber sonst, und zwar unter keinen Umständen stimmen und es würde dies den Fall der Regierung in ihrer heutigen Form bedeuten. Wir hoffen, daß es uns dann gelingen wird, eine Majorität eventuell ohne Sozialdemokraten zu finden, welche der Nation das geben würde, was sie braucht.“

Unter Nation scheint der Herr Landesauschussbesitzer — die Hausherren zu verstehen.

Die Unbezähmbaren.

Roman von Max Brand. 11

Deutsche Rechte, Th. Anst. Nachl. Verlag, Berlin

Morgan holte aus, um ihm ermutigend und kameradschaftlich auf die Schulter zu schlagen, aber Dan wich geräuschlos und gedwungen wie eine fliehende Schlange der niederfallenden Hand aus. Er hatte eine tiefe Abneigung gegen die körperliche Berührung mit anderen Menschen. Er haßte sie, wie ein wildes Pferd den Schatten des fliegenden Lassos haßt.

„Nur ruhig Blut, Kamerad,“ sagte Morgan, „die Bullen führen nichts Böses im Schilde. Der Große da allerdings ist beträchtlich aus dem Häuschen, aber das wird nur dazu führen, daß er selbst seinen Sombbrero gegen Euch verwickelt wird, wenn die Sache mit dem Schieken perfekt wird.“

Er wandte sich an Silent.

„Da seht her, Nachbar!“ sagte er. „Das ist der Mann, von dem ich erzählt habe, dessen Augen vier Dollars aussprechen, eh' sie zu Boden fallen. Ich denke, Ihr könnt Euch nicht vorstellen, daß so etwas möglich ist, was?“

„Der da?“ sagte Silent mit allen Anzeichen des Abscheus. „Schickt ihn zu seiner Mama heim, eh' einer von uns Hackfleisch aus ihm macht. Du lieber Himmel! Noch nicht mal 'n Schieken hat er.“

Morgan machte eine Pause, die dazu bestimmt war, seinen folgenden Worten mehr Eindring zu geben.

„Fremder,“ sagte er, „ich habe immer noch so rund Stücker fünfhundert Dollar in meiner Kassettschublade, und jeder einzelne Cent brüllt laut, daß Du fähig bist, zu tun, was ich gesagt habe.“

Silent befaß sich einen Augenblick. Seine Moral war reichlich weitherzig, aber es ging

ihm doch gegen den Strich, einen Trunkenen oder Berrückten zu überbortellen. Indessen! Fünfhundert Dollar sind immerhin fünfhundert Dollar! Dazu kam, daß das hübsche Büchchen, das eben eine Demütigung von Hal Burvis ohne weiteres hingenommen hatte und über seine eigene Schande jetzt auch noch lächelt, tatsächlich die Frechheit besessen hatte, den Roten Peter zu reiten. Die Erinnerung daran machte Silent wütend.

„Morgan,“ sagte er, „ich habe fünfhundert Dollar, die ich gegen Euren Einsatz setze.“

„Er muß dir was vorgeben, Morgan,“ sagte eine Stimme in der Menge, „nämlich...“

Ein Blick von Silent genügte, um den Ratgeber verstummen zu lassen. Danach war kaum noch ein lautes Wort zu vernehmen. Der Einsatz war groß. Die allgemeine Aufregung veranlaßte die Leute, bei jedem Wort die Stimme zum Hüßern zu senken. Morgan fuhr sich mit der Zunge über seine trocken und blutlos gewordenen Lippen.

„Ihr seht, daß ich keinen Revolver mit mir herumzuschleppen pflege,“ sagte Dan. „Kann mir jemand einen leihen?“

Jeder Revolver, der im Hause war, war augenblicklich zu seiner Verfügung. Alle waren sie von Herzen geneigt, Dan wegen des vorausgegangenen Vorfalls mit Burvis zu verachten; aber da er mutig genug schien, das Unmögliche zu unternehmen, wollten sie ihm helfen, soweit es in ihren Kräften stand. Er nahm die Revolver, die ihm gereicht wurden, nacheinander in die Hand, prüfte den Mechanismus und gab sie zurück. In seinen Fingerpitzen schien ein feinsten Sinn zu sitzen, der ihn über Wert und Unwert der Waffe, die er gerade in der Hand hielt, unterrichtete.

„Güßcher Revolver,“ sagte er zu dem ersten Mann, dessen Waffe er entgegennahm, „aber ich habe nichts übrig für einen so schweren Kauf.“

Es ist mindestens eine Unze zuviel Gewicht im Lauf.“

„Was soll das heißen?“ fragte der Cowboy. „Ich habe das Schieken jetzt schon so ziemlich acht Jahre lang mit mir herumgeschleppt.“

„Tut mir leid,“ sagte Dan und ging zum nächsten. „Aber ich kann mit einem Revolver, der vorne Uebergewicht hat, nichts ausrichten.“

Den nächsten Revolver gab er beinahe augenblicklich seinem Eigentümer zurück.

„Was ist mit dem Ding los?“ fragte der Besitzer beleidigt.

„Das Magazin dreht sich zu schwer,“ war Dans unwiderstehliche Entscheidung. Und gleich darauf hieß es bei einem anderen: „Schlechter Kolben! Liegt nicht gut in der Hand.“

Bei Jim Silents Revolver befand er sich länger als bei allen anderen, gab sie schließlich aber doch zurück. Der riesige Mann schnitt ein finsternes Gesicht.

Dan blidte ihn mit einem Ausdruck sanfter Ueberreizung an: „Seht Ihr,“ erklärte er gelassen, „man muß mit einem Revolver umgehen wie mit einem Pferd. Wenn man ihn nicht gut behandelt, läßt er einen im Stich. Das ist meine ganze Weisheit. Euer Revolver ist nicht gerade besonders sauber gehalten, Fremder, und ein Schieken, das nicht instand gehalten wird, hat seine besonderen Tücken.“

Silent warf einen Blick auf seine verächtlichen Waffen, suchte leise vor sich hin und schob beide wieder in die Halfter zurück.

„See,“ rante er zu Haines hinüber, der neben ihm stand, „weißt du, was er damit gemeint hat? Meinst du nicht auch, daß er was Besonderes im Schilde führt und daß er sich deshalb so anstellt wie irgend so ein verdammtes Weibsbild?“

„Ich weiß auch nicht,“ sagte Haines sehr ernst. „Macht mir einen verquenen Eindruck, der Bürsche — gewissermaßen anders als gewöhnliche Leute — verdammt anders — Chef.“

Zwischen hatte Dan zwei Revolver gefunden, die ihm zusagten. Er ließ sie in der Hand herumwirbeln, verlor die abwechselnd den Mechanismus und erklärte dann, daß er bereit sei. In allgemeiner Grabesstille schritt ein Mann die zwanzig Meter Distanz ab.

Dan stand mit dem Rücken gegen die Schuttrichtung, ließ die Revolver leicht durch die Hand gleiten und lächelte auf sie hinunter, als ob sie für eine Lieblosung Empfindung und Verständnis hätten.

„Wie fühlt Ihr Euch, Dan?“ fragte Morgan besorgt.

„Mundherum glänzend,“ antwortete er. „Bird's Euch irgendwie schwach zumute?“

„Nein, mit mir ist alles in Ordnung.“

„Nur ruhig Blut, Kamerad!“

„Ruhig Blut?“ Seht meine Hand an!“

Er streckte den Arm aus. Auch nicht das leiseste Beben war wahrzunehmen.

„Allright, Dan, wenn Ihr schießt, dann denkt daran, daß ich jeden Heller, den ich besitze, auf Euch gesetzt habe. Jetzt holt der Fremde seine vier Dollar heraus.“

Silent stellte sich an den ihm zugewiesenen Platz. Er hielt vier Dollar in der Hand.

„Seid Ihr bereit?“ rief er.

„Schießt immer los!“ sagte Dan. Er schien nicht im geringsten erregt.

Jim Silent warf die Münzen in die Luft. Er tat dabei alles, um seine Aussichten soviel wie möglich zu verbessern. Eine geschickte kleine Bewegung der Finger versetzte jede Münze in Rotation. Man sah nichts als einen kleinen wirbelnden Lichtfleck. Und er warf sie hoch in die Luft, denn es war anzunehmen, daß der Pfeifende Dan warten würde, bis sie wieder auf dem Weg zum Boden waren. Je höher sie geworfen wurden, desto rascher mußten sie ja in dem Augenblick fallen, wo sie in die Wasserlinie des Schützens kamen.

(Fortsetzung folgt.)

Bürgerliche Zeitungsreklame für bürgerliche Parlamentarier.

Wer in den letzten Tagen die „Bohemia“ und das „Tagblatt“ zur Hand nahm, mußte glauben, daß die am Altpensionisten-Gesetz erzielten Verbesserungen ausschließlich das Werk der Senatoren Kostka und Stöhr ist. Ihnen sei zu verdanken, daß der Jahrgang 1865 in die erste Etappe aufgenommen wurde und daß die nicht übernommenen Offiziere gewisse Vorteile erhalten.

Selbstverständlich verhält sich die Sache ganz anders. Weder Herr Kostka noch Herr Stöhr haben diese Verbesserungen erzielt; sie sind das gemeinsame Werk aller mit Ausnahme der Agrarier, welche noch bis zum Schluß Sabotage trieben.

Wohl am energischsten wurden die Rechte der Altpensionisten von den sozialistischen Senatoren vertreten und es war insbesondere Genosse Dr. Heller, der in den entscheidenden Beratungen dem widerstrebenden Finanzministerium am entschiedensten entgegentrat.

Ein geradezu klassisches Beispiel bieten die Offiziere. Dabei handelt es sich um folgendes: Circa 800 Offiziere vom Leutnant bis zum General wurden nach dem Umsturz in die tschechoslowakische Armee nicht übernommen. Auf Grund des Gesetzes Nr. 194 vom Jahre 1920 wurde gegen sie ein Verfahren eingeleitet, das jeder modernen Rechtsprechung widerstreitet. Auf bloße Denunziationen zur Befriedigung persönlicher Rachegefühle, ohne sie zu hören, ohne Angabe von Gründen wurde erkannt, daß sie nicht übernommen, in Pension geschickt werden und daß ihnen, soweit sie überhaupt einen Anspruch auf Pension haben, diese nach dem österreichischen Gesetze, also ohne jede Berücksichtigung der Geldentwertung, zugesandt wird. Späterhin trat ein Mißbrauch ein, als den niedrigeren Chargen vom Leutnant bis zum Hauptmann eine Mindestpension von 550 K bzw. 675 K monatlich zugesandt wurde.

Das Altpensionisten-Gesetz bestimmte nun, daß sie zwar an der Gleichstellung teilnehmen, ihnen aber nur 50 Prozent der Gesamtbezüge ausbezahlt werden soll.

Vor der Beratung erschien ein Vertreter dieser Offiziere im Senat, sprach mit den Vertretern der verschiedenen Parteien und ersuchte sie, dieses Unrecht abzuwehren, wobei er von vornherein erklärte, damit zufrieden zu sein, wenn die Kürzung von 50 auf 25 Prozent herabgesetzt werde.

Im Verlaufe der Debatte im Ausschuss sprach Senator Kostka über die Sache, ohne daß er jedoch imstande gewesen wäre, das Interesse der Mitglieder des Ausschusses zu wecken.

Dagegen legte Genosse Dr. Heller in der entscheidenden Beratung der Koalitionsparteien deren Mitgliedern und den anwesenden Vertretern des Finanzministeriums an der Hand von Ziffern dar, daß durch die beschriebene Regelung die niedrigeren Chargen bis zum Hauptmann und die Witwen bis zur Oberstleutnantswitwe überhaupt nicht einen Heller mehr als bisher erhalten würden und daß lediglich die Majore, Oberstleutnants, Oberste und Generale und Generalwitwen einen Zuschuß bekommen, daß also diese Regelung nur jenen zugute komme, die ohnedies schon mehr haben, diejenigen, die wenig haben, aber nichts bekommen. Erst als das Unförsliche der beschriebenen Regelung auf diese Weise klar gestellt war, erklärten auch die tschechischen Vertreter, daß das doch nicht angehe und beschloßen, das Ministerium für nationale Verteidigung um Aufklärung zu ersuchen.

Dieses konnte die Richtigkeit der Angaben des Genossen Dr. Heller nicht bestreiten und stimmte unter diesem Drucke der Herabsetzung des Abzuges von 50 auf 25 Prozent zu.

Wir erwähnen den Fall nur deshalb so ausführlich, um der Öffentlichkeit vor Augen zu führen, wie es die bürgerliche Presse versteht, durch Entstellung und Verschweigung von Tatsachen Reklame für ihre Parlamentarier zu machen. Das insbesondere die Presse der Deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft, allen voran die „Bohemia“, in dieser Richtung leistet, ist jeder Beschreibung und steht im ungeheuren Verhältnis sowohl zur politischen Bedeutung dieser Zweigpartei, als zur persönlichen Bedeutung ihrer Vertreter im Parlament.

Berzweckungstat polnischer Arbeiter.

Warschau, 10. April. In Olsch im südlichen Kongress-Polen, kam es gestern zu einem Zusammenstoß zwischen Arbeitern der Eiswarenfabrik Paul Westen und Polizei. Die Arbeiterschaft, erregt durch die Ankündigung der Fabrikleitung, umfangreiche Entlassungen vorzunehmen, drang in die Wohnung des Direktors ein, schleppte ihn vor das Fabriksgebäude und bedrohte ihn für den Fall der Aufrechterhaltung dieser Maßnahme. Polizei schritt ein, befreite den Direktor und forderte die Arbeiterschaft auf, auseinanderzugehen. Als die Menge nicht Folge leistete und die Polizei mit Steinen bewarf, gab die Schutzmannschaft zuerst eine Salve in die Luft und, als diese wirkungslos blieb, eine zweite auf die Beine der Demonstranten ab. Ein Arbeiter wurde schwer, drei weitere wurden leicht verletzt. Ein Vertreter der Staroste hat zwischen der Fabrikleitung und der Arbeiterschaft Vermittlungsverhandlungen aufgenommen.

Wie sie mit Arbeiterinteressen spielen!

Zwei kommunistische Richtungen bringen die Arbeiterklasse um die Vertretung in der Stadtverwaltung.

Aisch, 10. April. (Eigenbericht.) Dem Richtungsstreit innerhalb der kommunistischen Bewegung sind auch die bisherigen Führer der Kommunisten, Bloch und Wilfert, zum Opfer gefallen, die von der richtigen Linie abgewichen waren und infolgedessen aus der Partei hinausgeworfen wurden. Ueber Betreiben der kommunistischen Partei wurden die beiden von der Landesbehörde auch ihrer Funktionen in der Stadtverwaltung — Bloch war Bürgermeister, Wilfert Stadtrat — entkleidet und es hätten nun in der Stadtvertragsung am Mittwoch Neuwahlen zu erfolgen gehabt. Aber in dieser Sitzung bot sich der Öffentlichkeit das beschämende Schauspiel, daß drei Wahlgänge ergebnislos blieben, daß die Kommunisten, denen von der Mehrheit der Arbeiter die Vertretung ihrer Interessen in der Stadtgemeinde anvertraut wurde, diese wichtigsten Ämter unbesezt lassen. Bei allen drei

Wahlgängen standen einem Kandidaten der Richtungslinierten die Kandidaten der Liquidatoren gegenüber für die jedesmal je fünf Stimmen abgegeben wurden. Da keiner der Kandidaten die Mehrheit erreichte, sind also die Arbeiter Arbeiter aus dem Präsidium der Aischer Gemeindeverwaltung ausgeschlossen. (Der Bürgermeister ist der deutschnationale Tins, der zweite Stellvertreter ist ein Falkenkreuzler.) Aber auch die Stellung der Arbeiterschaft im Stadtrat ist geschwächt.

In der Arbeiterstadt Aisch mit ihrem kassenbewußten Bürgertum und mit ihren selbstbetreffenden Industrierichtern muß das Proletariat im Winkel stehen, weil über die Arbeiterschaft, die einst dort unter der Führung Oswald Hillebrands herrliche Siege über das Bürgertum erfocht, das Unheil der Spaltung gekommen ist, das nun vor den Spalttern selbst nicht halt gemacht hat.

Politische Wirtshausierer.

Die Falkenkreuzler, die durch ihre Presse und durch den Mund des Herrn Nürsch der deutschen Sozialdemokratie seinerzeit „fairen Verhalten“ gelobt und Unterstützung in allen sozialen Fragen zugesagt haben, zeigten schon nach den ersten paar Wochen des ungenügenden „fairen“ Verhaltens wenig Lust, diese Rolle weiterzuspielen. Seit Jahresbeginn haben sie bereits gegen die Sozialdemokratie mit den abernsten und meist unzutreffenden Argumenten. Sie werden nicht müde, vom „Versagen“ der Sozialdemokratie zu sprechen, obwohl sie konkret kaum zu sagen vernöchten, wo denn die deutsche Sozialdemokratie in den letzten Monaten, gewaltigen Schwierigkeiten gegenüber, versagt und nicht vielmehr ihnen Einfluß geltend gemacht habe.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Köppler sagt in einer Rede:

„Die deutschen Sozialdemokraten haben zu zeigen, wie groß ihr Einfluß in der Regierung ist. Bis jetzt hat die subindustrielle Bevölkerung noch sehr wenig bemerkt und geringes Verständnis dafür aufgebracht, daß die deutschen Sozialdemokraten Frontalangriffe mit der Lösung: „Nie wieder Krieg!“, während ihre Parlamentarier die Hände für 2200 Millionen K für tschechoslow. Kanonen und Maschinengewehre erheben.“

Da er als Parlamentarier sich doch nicht auf Unkenntnis des Budgets berufen wollen, sollte er vorsichtiger sein, wenn er übertritt. Das Militärbudget beträgt 1700 Millionen und ist auf diese Mindestsumme vom Bürgerblut gesetzlich festgelegt worden. Eine halbe Milliarde hat der Herr Köppler hinzugegeben. Sofern er auf die im Budget des Arbeitsministeriums untergebrachten öffentlichen militärischen Arbeiten (Bauten) anspielt, müßte er anstandslos hinzufügen, daß es sich um Bauten handelt, die der Bürgerblut begonnen hat und die man nicht einfach abbrechen kann, in einer Zeit der Wirtschaftskrise ganz besonders nicht. Er weiß aber auch, daß die sozialdemokratischen Parteien die Erhöhung des Militärbudgets um 80 Millionen, die der Bürgerblut durchführen wollte, verhindert haben. Und der Herr auf den Frontalangriff steht jenen schlecht an, die sich zwar als Gegner des tschechischen Militarismus ausgeben, aber den nächsten Krieg nicht emporien können und den Pazifismus mit der Todesstrafe belegen möchten!

Wenn sich die Herren Nationalsozialisten aber verantworten, was unter Mithilfe und durch den Einfluß der Sozialdemokratie in den letzten Monaten seit dem Austritt der neuen Regierung geschaffen wurde: Bauordnung, Verlängerung des Mieterschutzes, Novelle zum Genter System, Pensionistenvorlage, Maßnahmen gegen die Agrarkrise, und was in der sozialen Verwaltung „wirtschaftlich“ geändert wurde, so werden sie mit der Phrase vom „Versagen“ einen schweren Stand haben.

Was wollen denn die Nationalsozialisten und wie wollen sie es erreichen? Eine Partei, die jede Verantwortung scheut, die keine politische Größe darstellt, weil sie keinen vertragfähigen Partner im tschechischen Lager hat, eine Partei, die vom nationalen Gedächtnis lebt und auch mit der doppelten Mandatszahl immer noch hilflos

zwischen den Lagern stünde, sollte nicht die positive Politik anderer Parteien kritisieren. Auch was das nationale Problem betrifft, hat die deutsche Sozialdemokratie als einzige deutsche Partei einen Partner im tschechischen Lager, mit dem sie über die nationalen Fragen offen und sachlich reden kann. Wie wollen denn die Falkenkreuzer die nationale Frage lösen? Im Verein mit Ströbrny und Sada etwa, deren politische Ideen auch die Ihren sind? So lange sie uns nicht sagen können, wovon sie sich eigentlich eine Geltendmachung ihres Einflusses versprechen, werden wir Kritik und Besserwisser der Falkenkreuzer eben weiter für das demagogische Gesindel nehmen, das es schon war, bevor sie uns „Fair play“ gebieten!

Wie Herr Senator Feierfeil fremde Anträge — benützt.

Anlaßlich der Beratung der Altpensionistenvorlage im Senatsausschuss hob Genosse Dr. Heller hervor, daß der Abzug von 10 Prozent, der den im Auslande lebenden Altpensionisten gemacht wird, nicht gerecht sei, und meinte, daß man diesen Abzug wenigstens jenen Pensionisten nicht machen solle, die in einem Lande leben, welches seinen bei uns lebenden Pensionisten die vollen Bezüge auszahlte.

Der Finanzminister erkannte an, daß diese Regelung gerecht wäre, verwies aber darauf, daß, während Tausende unserer Pensionisten sich ständig im Auslande aufhalten, nur ganz wenige ausländische Pensionisten bei uns leben, so daß diese Art von Regelung zwar formal gerecht, aber materiell ungerecht wäre. Und nun vertünzelt das „Prager Tagblatt“ seinen Lesern, daß Herr Senator Feierfeil einen Antrag gestellt habe, der diese Regipositivität zum Inhalt habe.

Wir führen diese Sache nur an, um der Öffentlichkeit zu zeigen, mit welcher Fügigkeit Herr Senator Feierfeil die Ideen anderer für sich auszunutzen weiß und wie die bürgerliche Presse bemüht ist, bürgerliche Parlamentarier bei dieser Art ihrer Tätigkeit Hilfe zu leisten!

Massentlagen gegen die kommunistischen Gewerkschaften.

Die Mitglieder der dem Politbüro nahestehenden kommunistischen Gewerkschaften haben lange Zeit hindurch Beiträge gezahlt, die auch dazu dienen sollten, daß ihnen in Zeiten der Arbeitslosigkeit eine Unterstützung gewährt wird. Da nun die kommunistischen Gewerkschaften beschloßen haben, die Arbeitslosenunterstützung einzustellen, fühlen sich viele Arbeiter, insbesondere im Brünner Gebiet, um ihre Ansprüche geschädigt und bringen nun Klagen gegen die kommunistischen Gewerkschaften ein. Der Rechtsvertreter der klagenden Arbeiter ist der Führer der kommunistischen Opposition in Brünn, Dr. Čech.

Heilfonds-Enquete. Am Donnerstag fand im Ministerium für soziale Fürsorge unter dem Vorsitz des Ministers Genossen Dr. Čech eine Beratung über die wirtschaftliche Lage des Heilfonds und über die Krankenversicherung der öffentlichen Angestellten statt. Auf Grund eines dort vorgebrachten Antrages wird das Ministerium für soziale Fürsorge eine Entscheidung treffen und die entsprechenden Vorschläge für die Regierung vorbereiten.

Die indische Revolution.

Wachsende Unzufriedenheit. Gandhi ermutigt. — Zwei seiner Söhne verhaftet, der dritte stellt sich an die Spitze der Rebellen.

Paris, 10. April. Die aus Bombay eintriefenden Meldungen besagen, daß die englische Polizei immer noch massenweise die Eingeborenen verhaftet, die das Salzgewinnungsgesetz überschritten haben. Gandhi selbst aber wurde noch nicht verhaftet. Die Unzufriedenheit der einheimischen indischen Bevölkerung nimmt zu, insbesondere unter den Frauen, die zu Tausenden kommen, um der Aufforderung Gandhis Folge zu leisten und unter Abstinenz patriotischer Lieder Salz zu gewinnen. Gandhi wollte gestern im Zentrum der Salzwerke in Shimra, wo vor zwei Tagen sein erster Sohn verhaftet wurde, der gestern zu

zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Gestern wurde in Salampur der zweite Sohn Gandhis, Dalis Deji Gandhi verhaftet. An Stelle der verhafteten zwei Brüder stellte sich sofort der dritte Sohn Gandhis Ranibal an die Spitze der unzufriedenen Einheimischen. Gestern wurde u. a. auch der Vorsitzende des vor kurzem abgehaltenen indischen Nationalkongresses, Schankar, verhaftet. Gandhi hielt gestern neue Ansprachen, in denen er wiederum zum Ausbrennen im Widerstande aufforderte. Er sandte auch überall in die Städte, in denen die Polizei Verhaftungen vornimmt, Ermüdigungsbotschaften.

Brüning sucht heute die Entscheidung.

Deutschnationale suchen ihre Ziele zu justifizieren.

Berlin, 10. April. (Eigenbericht.) Während die Regierung noch vor einigen Tagen erklärte, daß sie mit der 75prozentigen Erhöhung der Biersteuer stehe oder falle, hat sie inzwischen doch schon einen Nachlaß bis auf 50 Prozent gewährt. Die bayerische Volkspartei hat inzwischen ihr Angebot von 30 auf 40 Prozent gesteigert, aber man kann annehmen, daß schließlich eine Einigung auf der Basis von 50 Prozent zustande kommen wird.

Einen eigenartigen Schachzug haben sich wieder die Deutschnationalen geleistet. Sie bemühen den Gesetzentwurf über die Abänderung des Benzinzolls, um ihn das ganze zwischen der Regierung und den Regierungsparteien vereinbarte Agrarprogramm anzuhängen. Sie wollen durch einen Zusatzantrag ein Junktim zwischen den Finanzvorlagen und den Agrarzöllen herbeiführen, während die Regierung zuerst die Annahme der Deckungsvorlage, und zwar schon am morgigen Freitag, fordert.

Der Kanzler will noch offiziellen Versicherungen mögen unter allen Umständen eine Entscheidung herbeiführen. Sollten sich in den morgigen Reichstagsberatungen wesentliche Schwierigkeiten ergeben, so würde die Regierung die Vollstreckung unterbrechen lassen, um in einer Kabinettsitzung ihre Entscheidung zu treffen. Noch Laue der Dinge könnte sie nur die Auflösung bedeuten. In den dem Kabinett nahestehenden Kreisen beurteilt man aber die Lage durchaus ruhig und glaubt, daß es soweit nicht kommen werde.

Der Abwehrkreis der Arbeiter Handschuhmacher

Die Stadtvertretung sympathisiert mit den Streikenden und unterstützt sie.

Aisch, 10. April. (Eigenbericht.) Die Arbeiterschaft der Aischer Handschuhindustrie befindet sich in einem schweren Nöthekampf. Die Firma Wilhelm Hering A.-G. sieht den Zeitpunkt gekommen, um einen Anschlag gegen die Köhne der Arbeiterschaft durchzuführen. Sie hat eine bedeutende Lohnherabsetzung decretiert, gegen die sich die Arbeiter wehren, in dem sie am Dienstag beschloßen, die Arbeit niederzulegen. Da es sich in diesem Fall um mehr als 300 Familien handelt, konnte die Stadtvertretung diesen Zustand nicht unbedacht lassen. In der Stadtvertretungssitzung am Mittwoch wurde der Lohnkampf von den Vertretern der deutschen Sozialdemokraten zur Sprache gebracht, worauf die Stadtvertretung über deren Antrag beschloß:

1. den streikenden Arbeitern wird die Sympathie der Stadtvertretung ausgesprochen;
2. über den Polizisten Ljumer, der sich unbefugt in den Konflikt einmischte, die Streikposten herausforderte, und eine Verhaftung beantragte, die Untersuchung zu verhängen;
3. den Streikenden aus Gemeindegeldern einen Betrag von 5000 Kronen zur Verfügung zu stellen.

„Aero“ verkauft die bulgarische Flugzeugfabrik an Italien.

Sofia, 10. April. Wie berichtet wird, hat die italienische Flugzeugfabrik der Firma Caproni die große Flugzeugfabrik, welche in den letzten Jahren von der tschechoslowakischen Fabrik „Aero“ in Razanitz errichtet wurde, käuflich erworben. Die ausschließliche Konzession auf Lieferung von Flugzeugen für den bulgarischen Staat, die als Bedingung an den Bau der Fabriksgebäude gebunden war, geht gleichfalls automatisch auf die italienische Industrie über, die einen ausgezeichneten Erfolg dadurch verzeichnet, daß sie den Balkan wirtschaftlich durchdringt. Die Tatsache hat eine besondere Bedeutung auch aus dem Grunde, weil die Fabriksobjekte in Razanitz bedeutend erweitert werden können.

Sie reden schon wieder von Bürgerkrieg.

Paris, 10. April. Moskauer Meldungen zufolge ordnete die kommunistische Internationale an, daß die Kommunisten am 1. Mai den Arbeitstagsfeier in allen großen Städten Europas feiern und bestrebt sein sollen, den Kundgebungen einen revolutionären Charakter zu geben. Die dritte Internationale erklärte schließlich, daß der heutige 1. Mai der Beginn des Bürgerkrieges zwischen den Städten und Arbeitern sein soll.

Gunderi Verletzt bei einem Festzug.

Rasil (Bezirk Bombay), 10. April. (Reuter.) Im Laufe des gestrigen Tages kam es zu einem Zusammenstoß zwischen orthodoxen Hindus und „Unberührbaren“ der niedrigsten Kaste der Hindus. Dem Anlaß bildete ein religiöser Festzug, in dem ein riesiger Wagen mit der Statue des Gottes Rama mitgeführt wurde. Ungefähr hundert Personen, darunter mehrere Polizisten, wurden verletzt. 26 „Unberührbare“ mußten ins Krankenhaus übergeführt werden.

Ingesneugleiten.

Du sollst den Sabbath heiligen oder wenigstens deine Sederstühle essen!

Der Freisinn schadet nicht nur den Pfaffen, sondern auch allen Erzeugern und Händlern, die jenen das Handwerkzeug liefern. Wachskerzen, Rosenkränze und Wehwein wollen an den Mann gebracht werden und man findet, wenn die Kirchenfrequenz sinkt, nicht immer einen vollwertigen Ersatz. Da zeigt sich nun wieder einmal die Ueberlegenheit des jüdischen Geschäftsgeltes über die schwächliche Kopie christlicher Koffmische. Während diese in der „Deutschen Presse“ ohne weiteren Kommentar, als die Empfehlung der vorzüglichen Qualität, ihre Wehweine ankündigen, läßt sich einer von der anderen Fakultät in der „Fr. Abendzeitung“ wie folgt vernehmen:

Samsstag, 12. April Seder!

Welche Bedeutung hat der Seder für nicht fromme Juden? Diese an mich gestellte Frage beantwortet Ter Seder, Boroband des Besessenen, schließt die Familien zusammen, Kinder und Freunde, die den Entfremdungsweg gehen, führen zurück; der Reichtum wird aufgerollt, der Unglückliche und Kranke ähnt Hoffnung, und wenn so beim Seder die ganze Familie beisammen ist — und des Jüngsten Manische anhöret, welche göttliche Erinnerungen kommen einem in Sinn: „Als wir so klein waren, Vater und Mutter sahen, wie sie vor Freude bei diesem Gebet strahlten!“ Ist dies Erinnerungsbild nicht schön und wertvoll? Dient dies nicht zur Erziehung der Kleinen und Großen, zur Hebung der Sittlichkeit, zur Bekämpfung der Heillosigkeit? Ist der Seder nicht ein freudiges Familienereignis?

Wir wissen es nicht und wagen es nicht zu entscheiden. Aber eben noch erwägend, ob der Seder zur Hebung der Sittlichkeit dient, lesen wir weiter und merken, daß bisher alles Schamozes war und jetzt erst die Tachles beginnen:

Sederstühle geht spielend nach meinem Gratiskochbuch zu machen, ebenso die vorzüglichen Pfefferkörner, welche beim Seder essen. Offiziell feinste Sorte (Dänische) Kardubler Nussöl, Geriebene, Nussöl und alle Ölerwaren. Ferner meine berühmte allerfeinsten Hondeimogronen (eigene Erzeugung) und natürliche Palastinaweine aus den jüdischen „bedrohten“ Gärten. Sonnenschein, Prag II., Weisheit 14.

Ja, der Sonnenschein hat's sein! Fromme Juden schätzen seine streng rituelle Ware und sind eine sichere Kundschafft, den freisinnigen aber empfiehlt er, falls das Argument von der Hebung der Sittlichkeit durch den Seder und der Appell an die Sentimentalität verfallen, sein Gratiskochbuch und seine lukullischen Gemische. Fern, fern schmeckt uns der Wein, ist er aus den „bedrohten“ Gärten und die Erwägung, daß in diesen Gärten vielleicht jüdische Siedler und Arbeiter von Arabern erschlagen wurden, scheint den daheimgebliebenen Zionisten den naturfühen Sederwein nicht zu veräuern. Es ist wie in der andern Anekdote vom Knoblauch und der Scholofade. Religion ist gut, Geschäft ist gut, wie gut erst muß Religion mit Geschäft sein!

Einbruch im Wiener Heeresmuseum.

Wien, 10. April. (M.) Wie die Polizeikorrespondenz meldet, sind heute nachts unbekannt Täter vom Hofe aus in das im Arsenal befindliche, im Hofpariergelegete Heeresmuseum, das nicht unter militärischer Bewachung steht, eingedrungen. Es wurden u. a. gestohlen: zwei Kisten mit 100 Maria-Theresia-Orden von der Zeit der Befreiungskriege, weiter aus der Zeit der Freiheitskriege ein silberner vergoldeter Ofse von der Fleischermunung, mit Dukaten gefüllt, eine Augsburger Schmiedearbeit aus dem 17. Jahrhundert, ein silbernes Aufseisen der Chemnitzer Bergarbeiter, zahlreiche goldene und silberne Tapferkeitsmedaillen, weiter aus der Zeit des Feldmarschalls Radetzky die beiden Schlüssel der Festung Venedig nach der Erstürmung Venedigs im Jahre 1849 sowie der aus Triest hergestellte vergoldete Schlüssel der Stadt Mailand, den Feldmarschall Radetzky im Jahre 1848 dem Kaiser Franz Josef überreichte, ferner ein goldenes Armband mit einem Diamantenkreuz, ein Geschenk der österreichischen Armee an die Fürstin Colloredo-Mansfeld. (Genau vor 40 Jahren ist ebenfalls in der Nacht zum 10. April der Marschallstab Radetzky, den Kaiser Franz Joseph und die gesamte Armee dem Feldherrn zum Geschenk gemacht hatten, gestohlen worden.)

Anekdoten um Lenin.

Der Fischer Lenin.

Auf der Insel Brankiplo bei Konstantinopel, am Saum des Marmara-Meeres sah der verbannte Trocki und fischte. Plötzlich brach er in Tränen aus: „Was weinst du, Leon Dawidowitsch?“ fragte man ihn. „Ich weine um Wladimir Iljitsch.“ „Aber! Wladimir Iljitsch Lenin ist doch schon länger als sechs Jahre tot.“ „Dahin eben! Wenn er noch lebte — wie friedlich würde er hier in der Verbannung mit mir fischen!“

Frau Lenin.

Nach dem Tode Lenins spielte seine Witwe, die Krupstaja, eine nicht unbedeutende Rolle bei der Opposition gegen die Stalinisten. Das war denen um Stalin höchst unangenehm, weil die Krupstaja in

Wie die Biliner Fälscher überführt wurden.

Durch große Geldausgaben verdächtig.

Brüg, 10. April. Die Erhebungen in der Biliner Stempelfälscherei haben neue Einzelheiten zu Tage gefördert. Bei Mattausch wurden falsche Stempel zu 50, 8, 4, 2 und 1 Krone sowie zu 50 Heller und sogar zu 2 Hellern aufgefunden. Ferner wurden eine echte 10-Dollar-Note und zwei dänische Fünfkronenscheine gefunden, von denen bereits gute Photographien hergestellt worden waren, und ferner Photographien, Vergrößerungen und Zeichnungen amerikanischer Briefmarken zu einem Dollar. Hieraus ist zu schließen, daß Mattausch seinen rentablen Betrieb auch auf die Herstellung ausländischer Banknoten einschleifte und Postwertzeichen erweitern wollte. Wahrscheinlich wäre auch diese Arbeit gelungen, denn Mattausch war ein überaus genauer Arbeiter. Die Druckplatten für die falschen Stempel hat er ständig vervollkommenet, so daß er schließlich ein fehlerfreies Plattenmaterial

erzielte, mit dem Stempel hergestellt werden konnten, die von echten Stempeln mit freiem Auge überhaupt nicht zu unterscheiden sind.

Die weitere Untersuchung hat ergeben, daß der Druck der Stempelmarken selbst in der „Union“-Druckerei in Bilin vorgenommen wurde.

Dortselbst wurden die Stempel auch perforiert. Nach dem Geständnis des Mattausch wurden in der „Union“-Druckerei schon seit dem Jahre 1925 falsche Stempel erzeugt. Mattausch sowie der verhaftete Bächter der Druckerei, Josef Müller, hatten die Absicht, in der nächsten Zeit eine ganz moderne, für den Stempelmarkendruck besonders geeignete Maschine anzuschaffen.

Die Annahme, daß die gefälschten Stempel nicht allein in Bilin abgesetzt wurden, hat sich bekanntlich bestätigt. Gestern vormittags trat ein an Mattausch gerichteter Brief aus Prag ein. Als die Gendarmerie den sofort beschlagnahmten Brief öffnete, fand sie daran eine

Bestellung auf einen großen Posten gefälschter Stempel.

ihrer Eigenschaft als Lenins Witwe sich großer Popularität erfreute. In Tara, einem kleinen sibirischen Städtchen, beschäftigte sich eine Versammlung der kommunistischen Partei mit den innenpolitischen Auseinandersetzungen und stellte an das Zentralkomitee die Forderung: Wegen ihrer parteischädigenden Abweichung von der offiziellen Plattform der K.P.R. ist die Krupstaja mit sofortiger Wirkung von ihrem Posten als Witwe Lenins abzusetzen.

Lenins Mausoleum.

Es trat ein Bauer in den Laden der Kooperative und sagte: „Ich bin fremd hier und möchte wieder zurück in meine Heimat fahren — aber nicht ohne ein würdiges Andenken an diese große Stadt. Könnt ihr mir beisehen verkaufen?“ „Gewiß, Väterchen!“ antwortete der Verwalter. „Wir haben das Schönste vom Schönen. Gefällt dir zum Beispiel das Bild da, unseres Volkskommissars Kholoff?“ „Nein,“ sprach der Fremde. „Es ist mir zu einfach.“ „Dann vielleicht ein Porträt von Stalin selbst, in Farben? Oder das prächtige Mausoleum unseres Befreiers Lenin?“ „Immer noch zu wenig.“ „Höre Väterchen! Selbst dies schöne Gemälde scheint dir noch zu gering? Ja, was stellst du dir eigentlich vor, was wünschst du?“ „Ich möchte, weißt du, ein Mausoleum haben, wo sie alle, alle darin liegen.“

Ziehung der Klassenlotterie

5. Ziehungstag.

- 80.000 K: 127.254.
- 20.000 K: 1921.
- 10.000 K: 106.436.
- 5000 K: 1774, 18.693, 54.800, 57.058, 57.525, 59.133, 60.948, 61.301, 91.928, 94.441, 154.981.
- 2000 K: 2673, 2757, 9408, 15.923, 16.530, 20.040, 20.290, 21.824, 28.478, 30.468, 33.150, 34.107, 36.562, 37.742, 39.313, 40.498, 50.632, 51.223, 62.330, 68.293, 70.063, 71.032, 71.637, 96.207, 100.539, 108.037, 108.263, 108.419, 118.133, 126.223, 127.549, 128.240, 128.559, 132.996, 140.793, 141.124, 151.931, 157.519, 158.242.
- 1000 K: 2695, 5421, 6492, 6954, 9385, 10.018, 11.695, 13.461, 16.334, 17.369, 23.417, 24.256, 25.874, 26.677, 26.962, 29.115, 29.293, 30.264, 32.940, 37.300, 37.431, 42.181, 43.111, 44.256, 44.431, 45.269, 46.303, 47.669, 51.598, 52.018, 54.234, 54.322, 55.088, 57.308, 58.611, 58.994, 59.577, 63.976, 67.773, 68.045, 68.200, 69.175, 72.109, 72.306, 76.297, 76.841, 78.994, 90.185, 91.644, 92.824, 94.288, 97.447, 97.711, 102.193, 102.525, 102.916, 105.759, 107.773, 109.129, 110.011, 110.269, 110.552, 111.579, 112.580, 112.846, 113.147, 113.595, 113.873, 116.233, 118.725, 128.571, 129.957, 132.312, 135.040, 135.375, 136.981, 139.980, 143.825, 145.497, 146.835, 146.819, 146.712, 146.979, 151.061, 154.133, 154.300, 157.999.

Der Marienbader Bauarbeiterkreis. Die am Mittwoch im Bezirksamt in Marienbad zwischen den Vertretern der Baumeister und der streikenden Arbeiterchaft geführten Verhandlungen haben noch zu keinem Ergebnis geführt und wurden vertagt. Desgleichen kam es auch zwischen den Vertretern der Postverwaltung

Der 32jährige aus Bilin stammende Bankbeamte Josef Weber in Prag teilte in diesem Briefe dem Mattausch mit, daß er noch Hunderte von Stempeln abzusetzen in der Lage wäre, und er suchte um die Lieferung einer neuen Sendung.

Zwei nach Prag entsandte Biliner Gendarmen verhafteten Weber in seiner Wohnung, wo übrigens auch falsche Stempel im Betrage von 4100 K aufgefunden wurden. Weber legte ein Geständnis ab, weigerte sich jedoch, seine Abnehmer zu nominieren. Bisher wurde festgestellt, daß Weber schon seit dem Jahre 1926 falsche Stempel von Mattausch bezog und weiterverkauft. Die Abnehmer der Stempelmarken erhielten die Ware um 25 Prozent billiger als der Nennwert lautete, und Weber teilte dann mit Mattausch den Erlös.

Wie in den meisten ähnlichen Fälschereifällen haben auch im Biliner Falle die allzu großen Geldausgaben der Beteiligten den Verdacht der Sicherheitsbehörden erweckt. Der Biliner Gendarmarie war es aufgefallen, daß der Trafikant Klement, der zugleich der einzige Stempelverfälscher in Bilin ist, sich eine Zimmereinrichtung im Werte von 40.000 K, ferner kurz nach einander zwei teure Luxusautomobile kaufte. Klement wurde deshalb von der Gendarmarie beobachtet. Dabei wurde festgestellt, daß er mit dem Druckereipächter Müller einen lebhaften Verkehr unterhielt und daß sich Mattausch fast ständig in seiner Trafik aufhielt. Der Verkehr des Stempelverfälschers Klement mit dem Buchdrucker Müller und mit Mattausch, der sich, wie bekannt war, mit der Herstellung von Clischees befaßte, und schließlich auch die großen Geldausgaben Klements erweckten zunächst den Verdacht, daß vielleicht irgendwelche staatlichen Drucksorten gefälscht wurden. Die Beobachtung aller drei Personen bestätigte diesen Verdacht derart, daß zur Hausdurchsuchung bei Mattausch geschritten werden konnte.

Mattausch, Klement und Müller wurden heute dem Brüxer Kreisgerichte eingeliefert, wohin ihnen in kürzester Zeit auch der Prager Bankbeamte Weber folgen wird.

Explosion eines elektrischen Glühofens. In einer Aluminium- und Metallgießerei in Wangenberg (bei Solingen) ereignete sich im Gebäude der Mischereiabteilung gestern früh vor Beginn der Morgenshift eine schwere Explosion eines elektrischen Glühofens. Hierbei wurde das Dach der großen Halle vollständig abgedeckt und die Wände des Gebäudes umgelegt. Auf der anderen Straßenseite wurden an den Gebäuden einer Firma sämtliche Fensterscheiben zertrümmert, zum Teil auch die Mauern beschädigt und andere Gebäude in der Nachbarschaft in Mitleidenschaft gezogen. Der Luftdruck war so stark, daß auch in der weiteren Umgebung viele Fensterscheiben zertrümmert. Glücklicherweise ereignete sich das Unglück zu einer Zeit, wo die Belegschaft noch nicht erschienen war. Nur vier Personen befanden sich im Gebäude; davon wurden zwei leicht verletzt. Die Ursache der Explosion konnte noch nicht aufgeklärt werden, doch nimmt man an, daß die automatische Regulierung des Glühofens verlagert und der Ofen sich infolge dessen überhitzt hat.

Durch eine vorzeitige Sprengung getötet. Im Bergbaubetrieb der „Freiwilliger Bergbau und Industrie A.G.“ in Ratten (Christfermarkt) wurden am Mittwoch wahrscheinlich infolge eines vorzeitig losgegangenen Sprengschusses der 32jährige Häuer Hubopist und der 27jährige Vorhauer Feundl durch herumschlagende Kohlenstücke derart schwer verletzt, daß sie bald darauf verstarben.

Wer ist Mörder der 33? Am Mittwoch begann vor dem Schöffengericht in Waldenburg (Schlesien) der Prozeß um die Schuld an der Waldenburger Grubenkatastrophe vom 29. Juli vorigen Jahres. 33 Bergarbeiter kamen damals ums Leben. Neun Personen sind jetzt wegen Vergehens gegen die bergbaupolizeilichen Vorschriften und fahrlässiger Tötung angeklagt. Insbesondere ist zu klären, ob eine Schlagweiterexplosion oder eine Kohlenstaubentzündung stattfand und wo der Explosionsherd lag. Die Anklagen der vier Sachverständigen differieren. Als erster Angeklagter wurde Bergwerksdirektor Bemighoff vernommen.

Von einer Granate zerrissen. In dem ostgalizischen Dorf Wierzan wurde der Ukrainer Kiba durch die Explosion einer aus dem Arrieger stammenden Granate, die er unvorsichtig handhabte, zerrissen. Bei der polizeilichen Untersuchung in der Behandlung des Verunglückten wurden große Vorräte an Explosivstoffen gefunden, die offenbar zur Herstellung von Bomben bestimmt waren. Kiba war Mitglied der geheimen ukrainischen Gesellschaft Surma.

Fernseh-Telephon. In New York wurde Mittwoch nachmittags in Anwesenheit von Pressevertretern ein gelungenes Telephonversuch, welcher mit Fernsehen verbunden war, vorgenommen. Die beiden Personen, welche miteinander auf eine Entfernung von 5 Kilometern telephonierten, haben einander sehr gut gesehen.

Flugzeug-Landungsplatz im Herzen Londons? „Daily Herald“ zufolge wird geplant, im Herzen von London einen großen Landungsplatz für Flugzeuge zu schaffen, der sich 90 Meter über der

Erde befinden, 200 Meter breit und ebenso lang sein soll. Gegenwärtig sei man noch auf der Suche nach einem geeigneten Platz, da das anfangs in Aussicht genommene Dach der Waterloo-Eisenbahnstation sich als ungeeignet herausstellte. Zweck der Maßnahme sei, der britischen Luftfahrt einen Vorteil gegenüber den ausländischen Luftfahrzeugen zu geben, die den außerhalb Londons gelegenen Flugplatz Croydon als Landungs- und Abflugplatz benutzen müssen.

Von flüssigem Eisen übergoßen. Mittwoch kippte, wie die „Rote Fahne“ berichtet, im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf bei Berlin eine Gießerpflanze um, wobei ein Arbeiter von flüssigem Eisen übergoßen wurde und auf der Stelle starb. Mehrere andere Arbeiter wurden in schwerverletztem Zustande in die Charite geschafft.

Zweifacher Kindesmord. Wie das „Neue Wiener Extrablatt“ aus St. Pölten meldet, hatte sich Mittwoch vor dem Schwurgericht die 23jährige landwirtschaftliche Arbeiterin Rosa Blank wegen zweifachen Kindesmordes zu verantworten. Das Erstgeborene hatte die Mutter erdrosselt und dann in die Senkgrube geworfen, das Zweitgeborene, ein Mädchen, erwürgte sie gleichfalls und warf es in einen Schweinestall, wo es von den Schweinen fast vollständig aufgeessen wurde. Die Geschworenen sprachen die Angeklagte wegen des ersten Kindesmordes einstimmig schuldig und bejahten im zweiten Falle die Frage auf Uebertretung von Geburtsheimlichkeit. Sie wurde zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Ehen werden im Himmel geschlossen. Das Zentralorgan der christlichsozialen Partei, die „Deutsche Presse“, sorgt nicht nur im redaktionellen, sondern auch im kauslichen Hinterteil für die gläubigen Katholiken:

Höheren Beamten,

Privatiers, Pensionisten, Intelligenzberuflern, (älteren fast Herren), bietet sich zur Zeit äußerst glänzende Einheirat in größere Besitzungen, sowie Bereicherung mit älteren, gut situierten, kinderlosen Damen. Herren, welche die selten gebotene Gelegenheit, sich günstig zu verheiraten, wünschen, schreiben umgehend an die

Cheremittlung
Josef Schreiber,
Deusch-Brauhuis 6, Trautenau, Böhmen. Ich führe tausende andere Heiratspartner u. Partnerinnen aller Stände, auch den besten Ständen angehörig, jeden Alters in Evidenz u. werden Heiratsanträge überallhin direkt hergestellt. Höhere Angaben und Gegenwünsche erbeten. Rückporto beilegen. 8712

Offenbar einer, der dem lieben Gott das Handwerk, Ehen im Himmel zu schließen, ein wenig erleichtern will. Wiewohl es in der kirchlichen Trauformel heißt, daß der Mensch nicht scheiden soll, was Gott zusammengeführt habe, wird hier das Geheimnis verraten, daß der Heiratsvermittler „tausende Heiratspartner und Partnerinnen aller Stände“, ja, man möchte es nicht glauben, „auch den besten Ständen angehörig“, auch „jeden Alters — in Evidenz“ und schließlich zusammenführt, überallhin und direkt! Bei den jüngeren Leuten scheint, auch so weit sie katholisch sind, der liebe Gott selbst fertig zu werden, bei den älteren aber muß die irdische Vermittlung nachhelfen. Vor ihr werden, während vor Gott doch alle Menschen gleich sind, auf der einen Seite die höheren Beamten, Privatiers und Intelligenzberufler, andererseits die gut situierten und kinderlosen Damen bebürgert. Das ist nicht sehr christlich, mag aber durchaus katholisch sein und bietet wie der ganze Heiratsmarkt, der sich in dem einen Inferat der „Deutschen Presse“ aufzut, eine treffende Illustration zur Doppelmoral einer Kirche, die den freien Liebesbund verpönt, aber die Geschäfte erlaubt, den Menschen zwar nicht das Recht der gefelichten Ehetrennung, aber das der honorierten Ehevermittlung gewährt und die Einheirat fördert, aber die weit moralischere Prostitution ächtet, bei der doch nur für eine Nacht und nicht fürs Leben der sterbliche Leib verkauft wird!

Jeppelinkreit mit tödlichem Ausgang. Wegen vorfälliger Körperverletzung wurde ein Schneider Kedernecht in Winterthur zu der milden Strafe von einem Monat Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt. In dieser Strafe und an Schlimmerem ist der Jeppelink Schuld. Als das Luftschiff im vorigen Jahr die Schweiz überfuhr, entspann sich zwischen einem Anecht und dem 13jährigen Sohne des Bauern, die von einer Wiese bei Winterthur aus den Jeppelink beobachteten, ein Streit, ob das Luftschiff am Horizont noch zu sehen sei oder nicht. Der Anecht behauptete, das Luftschiff noch zu sehen, während der Knabe den vermeintlichen Jeppelink als eine Wolke erklärte. Ueber diese Behauptung geriet der Anecht so in Wut, daß er mit einem abgebrochenen Harfenstiel nach dem Jungen stieß. Das späte Ende der Harke traf den Dreizehnjährigen so unglücklich ins Aste, daß er infolge einer Darmverletzung nach einigen Tagen starb.

Das Organ der kommunistischen Partei in Madno, die „Svoboda“, die in diesem Jahre ihren 10jährigen Bestand feiern sollte, ist dieser Tage als selbständiges Blatt eingestellt worden und erscheint von nun ab als Kopfblatt des „Rude Pravo“. Der Grund ist der, daß sich die Madnoer Druckerei in den Händen der Opposition befindet und diese die Bezahlung des Druckes verlangt hat. Die Opposition gibt nun die „Obrana svobody“ heraus, die auch über zwei Kopfblätter verfügt.

Der Sohn des Genies.

Tagelöhner Rodin.

ml. Der einzige Sohn des genialen französischen Bildhauers Auguste Rodin, den man wohl den größten Bildhauer der modernen Zeit nennen darf, ist in seinem 63. Lebensjahre darauf angewiesen, seinen Lebensunterhalt als Tagelöhner in einer Pulverfabrik in Meudon bei Paris zu verdienen, wo er einen Stundenlohn von dreieinhalb Francs verdient. Die Fronte des Schicksals hat es überdies gefügt, daß die elende Baracke, in der er haust, nur einen Steinwurf weit von dem alten Schloß seines Vaters entfernt ist. „Mein Vater liebte mich nicht“, erzählte er dem Pariser Berichtsjahr eines Londoner Blattes, der ihn nach langen vergeblichen Versuchen endlich in Meudon einbrachte. „In Wahrheit liebte er überhaupt kein menschliches Wesen. Seine Kunst war ihm alles, und ihr diente er mit einer Leidenschaft, die schließlich zum Fanatismus ausartete. Meine Mutter galt ihm eher als Haushälterin, ich möchte sagen als Dachhund, denn als Frau.“ Sie wachte streng darüber, daß sich niemand dem Atelier näherte, wo mein Vater arbeitete. Manchmal sah ich meinen Vater wochenlang überdauert nicht. Er blieb Tag und Nacht im Atelier, nahm dort die Maßregeln, die ihm meine Mutter jermierte, und schloß im Arbeitsraum. Mein Großvater liebte mich wohl, konnte mir aber, da er blind war, von geringem Nutzen sein. Mein Vater pflegte mir alle niedrigen Hausarbeiten zur Erledigung zu überlassen. Er sprach selten ein Wort, und an meine Mutter brauchte er auch kein Wort zu verschwenden. Sie schenkte ihm die Gedanken vom Gesicht abzulesen und kam jedem seiner Wünsche zuvor. Nach Beendigung meiner militärischen Dienstzeit lehrte ich nicht mehr nach Hause zurück. Ich suchte mich als Gelegenheitsarbeiter durchzubringen und ließ mich nach meiner Verheiratung in Meudon in unmittelbarer Nähe des Schlosses meines Vaters nieder. Eines Tages besuchte ich ihn auch. Er schien mich aber gar nicht wiederzuerkennen und erwiderte nicht einmal meinen Gruß. Schon bevor ich daheim fortging, hatte sich mein Vater als Künstler durchgesetzt. Er war damals schon ein reicher Mann. Künstler, Kunsthändler und Sammler auf der ganzen Welt verkehrten in unserem Haus. Auch der König Eduard VII. von England besuchte uns wie viele andere Berühmtheiten der Zeit. Bei solchen Gelegenheiten mußten meine Mutter und ich oder unsichtbar bleiben.“

Zweit der Sohn über den toten Vater, der sich nicht mehr verteidigen kann. Zu bemerken ist hierbei, daß Auguste Rodin sich erst durch seine Freunde bestimmen ließ, die Frau, die die Mutter seines Sohnes war, im Jahre 1917 vor dem Gesetz zu heiraten. Ihr Sohn war damals bereits 50 Jahre alt. Kurz darauf starb Frau Rodin. Auguste Rodin hinterließ sein gesamtes Vermögen dem Staat zur Gründung und Erhaltung des Rodin-Museums in Paris. In seinem Testament bestimmte er, daß sein Sohn als Aufseher im Museum angestellt und eine lebenslängliche Rente erhalten sollte, die ihm eine Tageseinnahme von sieben Francs sicherte. Infolge der inzwischen eingetretenen Entwertung des französischen Franc war diese bescheidene Tagesrente, die die einzige Ausnützung aus dem väterlichen Vermögen darstellte, auf ein paar Centimes des damaligen Valutastandes zusammengeschmolzen.

„Vater“!

Von Robert Dehler.

Es wollte Frühling werden. Im Parke begannen die Bäume zu knospen. Ein warmer Wind strich durch ihre Äste, die zarte, tanzende Schatten auf den hellen Weg warfen. Ich sah auf einer Bank, halb vom Gebüsch verborgen und sah den Sträflingen zu, die Gärtnerarbeiten verrichteten. Es waren ihrer fast ein Dutzend. Ohne jede Lust waren sie am Werk, Alte und Junge, gezähnte Tiere, die den Peitschenhieb fürchten und deshalb fügsam sind. Ein Aufseher bewachte sie. Langsam ging ihre Arbeit voran. Sie schleppten Erde, gruben den Boden um und setzten Blumen ein. Tief atmeten alle die frische Luft. Einer von ihnen fiel mir besonders auf. In seinem Gesicht lag etwas, was den Jüngen aller seiner Gefährten mangelte. Keine Verbitterung, keine Ironie, keine selbstfüchtige Sorge sprachen aus der Schmerzlichkeit um seinen Mund, nur ein weiches, ungewisses Leid blieb an den Lippen angedeutet. Es war ein junger Mensch, keine dreißig Jahre konnte er haben. Er war in seltsamer Pose damit beschäftigt, ein großes Beet in meiner Nähe umzugraben. Weilenweise ließ er den Spaten ruhen; dann irte sein Blick unruhig den Weg entlang, über den Park hinaus in die Ferne, von wo zwischen den Baumstämmen die hellen Häuser der Stadt herübergrühten. Kinderstimmen klangen plötzlich durch den Park. Es kam eine Frau, die zwei Kinder an

Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Kapitalistenprofite.

Der vergangene Monat zeigte der Defizitlichkeit sehr deutlich, wie die Kapitalisten, besonders die Finanzmagnaten, verdienen, denn es wurden bereits die Bilanzen der meisten Großbanken veröffentlicht. Alle diese Bilanzen zeigten größere Gewinne als im Vorjahre, während der für Steuern ausgewendete Betrag geringer geworden ist. Sehr interessant ist es, wenn man die Steuerleistung von fünf tschechoslowakischen Großbanken in den zwei letzten Geschäftsjahren vergleicht. Es zahlten nämlich an Steuern, einschließlich des Beitrages an den Fonds für Nachkriegsverluste, in Millionen Kč:

	1929	1928	Jahied
Böhm. Eskomptebank und Kreditanstalt	7.1	9.3	- 2.2
Bank für Handel u. Industrie	8.3	5.9	+ 2.4
Zivnostenska banka	12.5	29.1	- 16.6
Böhm. Industriebank	3.9	4.3	- 0.4
Böhm. Unionbank	9.9	19.4	- 9.5
Zusammen	41.7	68.0	- 26.3

Diese fünf Banken allein haben also trotz größerem Reingewinn um 26 Millionen Kronen weniger Steuern bezahlt.

Ist das notwendig in einer Zeit, wo den breiten Schichten der Bevölkerung neue Kosten als „Hilfe“ für die Landwirtschaft aufgeschuldet werden? Es wäre wohl besser, wenn das Steuergesetz geändert würde, damit das Finanzkapital stärker zur Steuerleistung herangezogen würde, denn die Banken betragen noch diese Reuebelastungen.

Die größte Beachtung durch die Arbeiterschaft verdient aber die Kritik, die auf der Generalversammlung der Zivnostenska banka an den hohen Tantiemen der Verwaltungsräte geübt wurde. Der Aktionär Pokorny verlangte nämlich für den Klub der Aktionäre, daß sämtliche Einnahmen der Bankfunktionäre, die im Namen und in Vertretung der Bank erworben werden, in die Gesamtgewinne der Bank eingerechnet werden sollen, wodurch die Dividende der Aktionäre erhöht werden könnte. Zwei führende Funktionäre der Bank haben mehr als 40 Verwaltungsratsstellen inne, wodurch ihnen Millionenbeträge als Tantiemen zufließen. Das ist richtig und eine der Methoden, durch die Großkapitalisten immer reicher werden, nicht nur auf Kosten der Arbeiter, sondern auch der übrigen Aktionäre. Nun ist uns selbstverständlich um die Dividende der Aktionäre nicht bange, denn sie beziehen daraus bei der Zivnostenska banka noch immer eine zwölfprozentige Verzinsung ihres Kapitals, doch könnten die Tantiemen der Verwaltungsräte ganz gut zur Erhöhung der Löhne und Gehälter dienen. Der Oberdirektor der Bank, Dr. Preis, erklärte zwar, er lasse sich seinen Anspruch auf Tantiemen nicht nehmen, da er in den Verwaltungsräten, in denen er sitze, Arbeit leiste und danach trachte, daß die Regie herabgesetzt werde. Anscheinend denkt Dr. Preis aber gar nicht daran, daß durch die Herabsetzung der Tantiemen auch bei der Zivno die Regie beträchtlich herabgesetzt werden könnte. Die bürgerliche Presse stellt sich natürlich ganz auf Seite des einflussreichen Bankdirektors und brüllt im Chor, die Kritik auf der Zivno-Generalversammlung sei „nicht sachlich“ und auf „niedrigem Niveau“ gewesen, doch ist dies nur Verlogenheit, weil man eben nicht bestreiten kann, daß die Verwaltungsräte für ihre wenigen Sitzungen im Jahr ungeheuer viel Geld bekommen. Die Arbeitsleistung der Herren Verwaltungsräte ist dagegen gleich null.

Bei der Zivno allein bekommt ein Verwaltungsrat pro Jahr 107.000 Kronen, was

dem Jahreslohn von wenigstens zehn Arbeitern entspricht.

Die Arbeiterschaft muß dieser Frage die größte Aufmerksamkeit schenken und dafür eintreten, daß durch ein Gesetz diese Ausplünderung der Banken und Industrieunternehmen durch einige Großkapitalisten verhindert wird. Vor allem sollte es verboten werden, daß ein Kapitalist in zwei Unternehmen Verwaltungsrat ist, was ja schon dem kapitalistischen Grundgesetz der „Wahrung des Geschäftsgeheimnisses“ widerspricht. Ueberhaupt sollte die Höchstgrenze der Gehälter festgelegt werden, damit Millionengehälter, die nie verdient werden können, sondern nur Geschenke an Direktoren darstellen, unmöglich gemacht werden.

Die im Monat März veröffentlichten Bilanzen zeigen neuerlich, daß die Gewinne der Unternehmer recht beträchtlich sind. Von den Banken, die ihre Bilanzen veröffentlichten, weisen 17 bei einem Aktienkapital von 1563,1 Millionen Kronen nicht weniger als 221.468.000 Kronen Reingewinn aus, während zwei Banken mit 131 Millionen Kapital und 5.187.000 Kronen Reingewinn keine Dividende verteilten. Dabei ist allerdings die böhmische Landesbank, die ja nie Dividende verteilt, weil sie nicht Privatkapitalisten gehört. Von den Industrie-Unternehmungen zahlten 35 mit 104,91 Millionen Kapital und 94.704.000 Kronen Reingewinn Dividende, 9 mit 71,7 Millionen Kapital hatten 11.003.000 K Reingewinn, zahlten aber keine Dividende und drei mit vier Millionen Kapital hatten 123.000 Kronen Verlust.

Durchschnittlich ergibt sich also bei den Banken ein Reingewinn von 13,4 Prozent und bei den Industrie-Unternehmungen von 21,9 Prozent.

Vergleicht man die Gewinne der Unternehmungen, die im ersten Vierteljahr ihre Bilanzen veröffentlichten, mit dem Gewinn dieser Unternehmungen im Vorjahre, dann ergibt sich folgendes Bild:

	Aktienkapital	Reingewinn
	Zahl Mill. K	Taus. K %
1930		
Banken mit Dividende	27 2074.8	328.019 15.8
Banken ohne Dividende	5 162.3	7.534 4.6
Industrie-A. G. mit Div.	49 452.51	105.527 23.3
Industrie-A. G. ohne Div.	21 136.18	13.178 9.7
Industrie-A. G. mit Verlust	8 16.5	3.088 18.7
Banken zusammen	32 2237.1	335.553 15.0
Industrieunternehmen	76 588.69	116.705 19.3
Gesamtdurchschnitt	110 2825.79	452.258 15.9
1929		
Banken mit Dividende	27 1464.6	312.938 22.0
Banken ohne Dividende	5 162.3	6.087 3.8
Industrie-A. G. mit Div.	48 424.54	94.412 22.2
Industrie-A. G. ohne Div.	16 116.98	11.841 10.1
Industrie-A. G. mit Verlust	12 21.7	2.143 8.7
Banken zusammen	32 1626.9	319.025 19.6
Industrieunternehmen	76 566.22	104.110 18.4
Gesamtdurchschnitt	108 2193.12	423.135 19.3

Aus dieser Aufstellung ersieht man, daß bei den berücksichtigten Unternehmungen sich aus den heutigen Bilanzen ein Reingewinn von durchschnittlich 15,9 Prozent des Aktienkapitals ergibt, während im Vorjahr der Reingewinn 19,3 Prozent des Aktienkapitals betrug. Der Rückgang ist ausschließlich auf die Banken zurückzuführen, die im vorigen Jahre ihr Aktienkapital erhöhten, um den prozentuellen Reingewinn zur Täuschung der Öffentlichkeit zu erniedrigen. In Wirklichkeit stieg er aber absolut von 319 auf 335 Millionen. Bei den industriellen Aktiengesellschaften ist der Reingewinn von 104 auf 116 Millionen gestiegen, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß

Diese nahm, ohne zu antworten, den Knaben an der Hand und zog ihn weg: „Komme, laß den bösen Mann.“

„Aber das ist doch der Vater, — und kein böser Mann“, sagte der Knabe widerstrebend. „Der Vater — der Vater!“

„So komm doch, laß ihn. Der Vater ist nicht hier, der ist weit weg, in Amerika.“

„Er ist es, er ist!“ beharrte der Knabe. „Und ich will bei ihm bleiben!“ Er entriß sich der Frau.

„Vater! Kennst du mich nicht mehr? Aber — Vater...“ Er stand vor dem Mann, schüchtern, wie eine Bitte klang es.

Ueber das Gesicht des Sträflings war ein weber Zug von Ratlosigkeit geblitten. Die anderen Sträflinge waren aufmerksam geworden und einige spöttische Stimmen wurden laut.

„Fort! Und schnell!“ Er ging auf den Knaben los mit erhobener Hand. Doch dieser blieb ruhig stehen, griff nach ihr und drückte glücklich sein Gesicht an sie: „Vater! Die fremden Leute zu Hause sind böse zu mir.“

Das war für den Mann zuviel. Wild aufschreckend rief er den Knaben zu seine Brust und küßte ihn auf Mund und Wangen. Dann ließ er ihn auf die Erde sinken und verschwand hinter seinen Gefährten, die der Aufseher aus-einandertrieb.

Der Kleine blieb hilflos stehen: „Warum —?“ Da trat die Frau heran und zog ihn fort. Vergeblich kämpfte er dagegen an.

„Er ist! Laß mich zu ihm! Vater — Vater!“ Er fing an zu weinen.

Da nahm sie ihn auf die Arme und trug ihn rasch davon. Aber seine Rufe und sein Weinen klangen noch lange durch den Park, bis sie der Wald verschlang.

heuer zwei Unternehmungen ihre Bilanzen über das erste Geschäftsjahr veröffentlichten, weshalb sie im Vorjahre nicht gezahlt werden konnten. Prozentuell stieg der Reingewinn bei den Industrieaktiengesellschaften von 18,4 Prozent im Vorjahre auf 19,3 Prozent in den heutigen Bilanzen. Diese Steigerung ist trotz der Erhöhung des Aktienkapitals um 39 Millionen zu verzeichnen, was beweist, daß

Die Gewinne der Industrie gestiegen sind.

Die Verluste der Industrie sind dagegen gering, denn nur acht Aktiengesellschaften mit 16,5 Millionen Kapital hatten drei Millionen Verlust, während im Vorjahr 12 Aktiengesellschaften mit 24,7 Millionen Kapital 2,1 Mill. Verlust auswiesen.

Alle diese Ziffern zeigen wohl zur Genüge, daß die Behauptungen der Unternehmer über die „Notlage der Industrie“ nur ausgelegter Schwindel sind, auf den kein Arbeiter hineinfallen darf. „Int. Metallarbeiter“.

Kleine Chronik.

Die Führer von Kalkutta.

SPD. Der Telegraph meldet, daß es in Indiens Hauptstadt Kalkutta zu schweren Straßentumulten gekommen ist. Polizisten sind gegen eine Demonstration eingeschritten. Die Demonstranten haben sich zur Wehr gesetzt. Tausende von Verwundeten haben und drüben...

Kalkutta ist ein bißchen abseits von uns gelegen, und im allgemeinen ist wohl zu sagen, daß der „Bedarf“ an blutigen Demonstrationen durch die heimische Produktion allzu reichlich gedeckt ist, als daß wir geneigt wären, einen Straßentumult in Indien als Weisheitslehre zu empfinden. Aber wenn auch die Demonstration als solche unser Interesse nicht zu fesseln vermag, so haftet doch ihrem Motiv das Merkmal der Besonderheit an. Es ist der Gendarmenstand der Führer gewesen, der in Kalkutta auf die Straße gegangen ist, und die Forderung, die er erhob, war die Abschaffung einer Polizeivorschrift, nach der Jugierte an besonders glänzenden Tagen in den Stunden der sengendsten Hitze nicht beschäftigt werden dürfen.

Eine von guten jütlichen Impulsen getragene und von schönem Mitleid für die gequälte Kreatur eingegebene Anordnung; aber die Polizei hatte wohl nicht genügend beachtet, daß ihr Verständnis für die Leiden der Tiere ein gewisses Unverständnis gegenüber der Lage der Führer einschloß. Geschundene Tiere, mit herausgehängenen Jungen durch die Hüllentügel indischer Glutmittage trabend, in den traurigen Augen alle wehrlose Dulderqual gepeinigter Geschöpfe, das war die eine Seite der Sache. Aber es gibt noch eine andere Seite. „Wir sind, weiß Allah!, nicht auf Rosen gebettet“, hore ich die Führer von Kalkutta argumentieren. „Unser Branche liegt darnieder. Das Brot, das wir essen, ist hart. Unser Weib zu Hause will Kleidung. Die Kinder rufen nach Nahrung. Was ist es da für eine Schilane der Polizei, — den bürgerlichen Verdienst zu schmälern...“ — Sie sind damit von ihrem Standpunkt aus im Recht, die Führer, in jenem Recht der Bedrückten, das für sich in Anspruch nimmt, an den noch Bedrückteren ein Unrecht begehen zu dürfen. Die Führer von Kalkutta gibt es überall in der Welt. Neuerlich sprach ich einen kleinen Unternehmer. Er sagte mir seine Not und überzeugte mich davon, daß er keineswegs große Sprünge machen könnte. Er sagte, daß er den Dalles habe. Jawohl, den Dalles, der in den wenig günstigen Zahlen seines Kassabuches zum Ausdruck kommt. Aber seine Arbeiter hatten etwas weit Schlimmeres als den Dalles: sie hatten die Armut, die sich am Leibe spürbar macht. Ich habe an den kleinen Unternehmer denken müssen, als ich die Notiz über die Demonstration der Führer von Kalkutta las, und ich habe auch ein wenig an die Soldaten des Krieges denken müssen, die von ihrer Regierung in Qual und Not getrieben sich dadurch aus Qual und Not zu befreien suchten, daß sie den von der andern Regierung in Qual und Not Getriebenen eine möglichst fürchterliche Hölle bereiteten.

Die Führer von Kalkutta sind nun also auf die Straße gegangen und haben ihr Recht propagiert, die Jugierte den Folterungen der Sonne auszusetzen. Was die Jugierte anbelangt, so ist von so unvernünftigen Geschöpfen ja leider nicht zu verlangen, daß sie im Geschäftsinteresse ihrer Brot- oder Pflasterherren auch an den grausamen Hissetagen auf jegliche mignutige und das Mitleid der Polizei provozierende Gebärde verzichten. Drago.

Fluggeschwindigkeit gegen wilde Herde? Die Landwirte von Ost-Oregon (USA) wollen den im Staate auftretenden Massenherden wilder Herde mit Fluggeschwindigkeit zu Leibe gehen. Sie haben bei den Staatsbehörden den Antrag gestellt, die Bundesarmee zur Herabgabe von Bombenfluggeschützen zu erlauben, die die Herden feststellen und durch Bombenwürfe töten sollen. Der merkwürdige Antrag wird mit dem Aufstehen einer von den wilden Herden auf die Hauspferde übertragene Krankheit begründet. Die Behörden verhalten sich ablehnend.

Briefe mit 72 Kilometer Geschwindigkeit. Die Berliner Oberpostdirektion wird nach Ostern mit dem Bau einer sechs Kilometer langen Schnellrohrpoststrecke beginnen, die das Haupttelegraphenamt Berlin mit dem Hauptpostamt Charlottenburg verbinden soll. Die auf dieser Strecke befördernden Postsendungen sollen mit einer Geschwindigkeit von 72 Kilometer pro Stunde „reisen“ können.

